

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 128.

Dienstag, den 4. Juni 1912.

19. Jahrg.

Heute abend lautet die Parole: Auf in die Volksversammlung im Gewerkschaftshaus!

Hierzu eine Beilage.

Das Ende des Hilfskassengesetzes.

Am 1. Juni trat das Hilfskassengesetz außer Kraft und die freien Hilfskassen sind dem Privatversicherungsgesetz unterworfen. Konservative, Reichspartei, Zentrum, Christlich-Soziale, Nationalliberale, Fortschrittler und Polen wirkten zusammen, um auf diese Weise den Raub am Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen zu vollenden. Was für die Ortskrankenkassen durch die Reichsversicherungsordnung erreicht war, hat die Aufhebung des Hilfskassengesetzes für die freien Hilfskassen bewirkt.

Als Ausrede machten die bürgerlichen Parteien auf gewisse Schwindkassen aufmerksam, die unter dem Hilfskassengesetz gediehen. Aber zum Schutz gegen Schwindkassen bedurfte es keines Aktentates auf die Selbstverwaltung. Unsere Genossen stellten im Reichstag Anträge, deren Annahme wirklich dazu gedient hätte, die Arbeiter und den Mittelstand davor zu schützen, ihre Beiträge Schwindkassen zu opfern.

Soweit die bisherigen „freien Hilfskassen“ noch als „Ersatzkassen“ zugelassen sind, das heißt soweit der, welcher bei ihnen versichert ist, den Ortskrankenkassen nicht anzugehören braucht, sind ihre Verhältnisse zum größten Teil durch die Reichsversicherungsordnung geregelt. Auf die Zuschußkassen, die für solche in Betracht kommen, die keiner Krankenkasse anzugehören brauchen, und für solche, die sich neben den kargen Leistungen aus der Reichsversicherung im Krankheitsfalle noch einen Zuschuß sichern wollen, mehr noch als auf die Ersatzkassen bezogen sich die Vorschläge der Sozialdemokratie im Reichstag.

Die Zuschußkassen haben im Statut oder dem Vertrag, den sie ihren Mitgliedern zur Unterschrift vorlegen, vielfach die Bestimmung, daß für Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern und der Kasse die ordentlichen Gerichte ausgeschlossen sind und gewisse private Schiedsgerichte zuständig sind. Die Schwindler, die Gründer der Kasse sind, sorgen dann dafür, daß die Schiedsgerichte mit ihren Kreaturen besetzt sind und die Mitglieder nichts kriegen. Unsere Genossen schlugen vor, solche Vereinbarungen für ungültig zu erklären und den Mitgliedern auf jeden Fall die Möglichkeit zu sichern, sich bei den Gerichten ihr Recht zu suchen. Wenn statt des ordentlichen Rechtsweges im Statut der Kasse oder im Vertrag ein schiedsgerichtliches Verfahren vorgehoben ist, so sollte nach dem sozialdemokratischen Antrag trotzdem ein Mitglied innerhalb eines Monats nach Zustellung des schiedsgerichtlichen Urteils die Gerichte anzurufen berechtigt sein.

Schlaue Schwindler können sowohl die Ersatzkassen als die Zuschußkassen dadurch ausbeuten, daß sie — die Gründer — sich zu maßlos hohen Gehältern anstellen lassen. Unsere Genossen schlugen vor, der oberen Verwaltungsbehörde das Recht einzuräumen, etwaige unangemessen hohe Gehälter zu beanstanden und anzuordnen, daß sie nur noch in angemessener Höhe bezahlt werden dürfen.

Die Statuten und die Verträge des schwindelhaften Teiles der Zuschußkassen (nicht der Ersatzkassen) haben vielfach Bestimmungen, wonach in allen möglichen Fällen die Mitglieder ihren Anspruch auf Krankengeld verwirken. Auf diese Weise ist es dann möglich, Geld in den Taschen der Gründer verschwinden zu lassen. Unsere Genossen schlugen vor, daß solche Verwirkungsklauseln in den Statuten und Verträgen, wenn sie offenbar schikanös sind, ungültig sein sollen.

Sobald aus dem Jahresabschluß einer Ersatzkasse oder einer Zuschußkasse hervorging, daß ein Defizit eintreten müsse, d. h. daß also die pflichtgemäßen Ausgaben der Kasse die Einnahmen übersteigen würde, durfte nach dem Hilfskassengesetz die höhere Verwaltungsbehörde eine Erhöhung der Beiträge anordnen. Dann war es freilich oft schon zu spät. Unsere Genossen wollten daher, daß der höheren Verwaltungsbehörde erlaubt wird, statt erst den Jahresabschluß abzuwarten, schon vorher die Erhöhung der Beiträge zu verfügen, falls sonst die Gefahr eines Fehlbetriebes in Aussicht steht. Die Schwindkassen

pflegen durch billige Beiträge die Dummen zu ködern und dadurch erst recht die Mitglieder zu gefährden.

Bei den Schwindkassen (sowohl Ersatz- wie Zuschußkassen) kommt es vor, daß Mitglieder, die lange ihre Beiträge gezahlt haben, unter einem nichtigen Vorwand auf Grund schlauer Bestimmungen im Statut eines Tages ausgeschlossen werden. Unsere Genossen schlugen vor, daß keine unbilligen Vorschriften über den Ausschluß von Mitgliedern im Statut stehen dürfen.

Bei den Schwindkassen, sowohl Ersatz- wie Zuschußkassen, sind neben den Gründern manchmal gewisse Freunde der Gründer am Schwindel beteiligt. Die Herrschaften schröpfen die Kasse, indem sie sich krank melden. Unsere Genossen regten deshalb an, daß jedes Statut geeignete Bestimmungen über die Krankenkontrolle und die Behandlung von Simulationsfällen aufweisen müsse.

Die Schwindlerersatz- und Zuschußkassen würden oft keine Schäflein zum Scheren gefunden haben, wenn die Mitglieder die Statuten zu lesen bekommen hätten, ehe sie ihren Beitritt erklärten. Die Sozialdemokraten traten dafür ein, daß jeder Ersatz- und Zuschußkasse vorgeschrieben werden sollte, kein Mitglied aufzunehmen, bevor ihm das Statut ausgehändigt wurde.

Schwindel-Zuschußkassen vereinbarten vielfach, um Überschüsse herauszuwirtschaften, um sie in die Taschen der „Direktoren“ wandern zu lassen, daß bei bestimmten Krankheiten keine Unterstützung zu zahlen ist. Im Reichstag schlugen unsere Parteigenossen vor, derartige Vereinbarungen für ungültig zu erklären.

Ein Mittel für Schwindlerersatz- und Zuschußkassen zur Schröpfung der Mitglieder ist auch, daß für alle möglichen Fälle Geldstrafen im Statut oder im Vertrag vorgehoben sind, zu denen Organe der Kasse Mitglieder verdonnern können. Im Reichstag wurde von sozialdemokratischer Seite befürwortet, solche Geldstrafen für unzulässig zu erklären.

Weiter traten die Sozialdemokraten dafür ein, daß die Aufsichtsbehörde verpflichtet wird, auf Täuschung berechnete Reklame von Ersatz- und Zuschußkassen zu verbieten. (Als Aufsichtsbehörde fungiert in Preußen unter der Herrschaft des Hilfskassengesetzes in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern die Polizei, andernorts der Landrat.) Die Schwindelreklame verschafft den Schwindkassen ihre Kundenschaft.

Endlich sollten nach den sozialdemokratischen Vorschlägen die Rechte der Mitglieder zum Mitreden bei der Verwaltung der Kasse gesichert werden. Das Gesetz sollte jede Zuschuß- und Ersatzkasse zwingen, in ihr Statut Vorschriften darüber aufzunehmen, auf welche Weise die Generalversammlung auszuschreiben ist. Jetzt erfahren die Mitglieder vielfach gar nicht, wann und wo die Generalversammlung stattfindet. Aus dem Statut können sie auch nicht erfahren, wie sie es erfahren können.

Die Frist zwischen Ausschreibung und Zusammentritt der Generalversammlung sollte mindestens vier Wochen betragen, damit nicht, wie bei den Schwindkassen gewöhnlich, die Mitglieder der Kassen unvorbereitet auf die Generalversammlung kommen. Wenn die Generalversammlung nicht aus sämtlichen Mitgliedern, sondern aus Delegierten besteht, sollte aus dem gleichen Grunde zwischen dem Tage der Wahl und dem Zusammentritt der Generalversammlung eine Frist von mindestens 14 Tagen liegen. Die Schwindkassen schützen sich vor unbequemer Einmischung der Delegierten dadurch, daß sie die Generalversammlung an einen Ort verlegen, zu dem der energische Teil der Delegierten ohne erhebliche Aufwendungen nicht gelangen kann. Das Gesetz sollte deshalb — nach den sozialdemokratischen Vorschlägen — bestimmen, daß den Delegierten ihr Reisegeld, ihre Auslagen und der ihnen wegen Beteiligung an der Generalversammlung entgangene Arbeitsverdienst vergütigt werden muß. Das Gesetz sollte vorschreiben, daß im Statut nähere Vorschriften über diese den Delegierten zu zahlende Entschädigungen enthalten sein müssen.

Des weiteren beantragten die Sozialdemokraten, daß statt der Aufhebung des Hilfskassengesetzes — abgesehen von den obigen Änderungen — eine allgemeine Reform dieses Gesetzes vom Bundesrat ausgearbeitet werden sollte. Die Reform hätte nach der Verfassung nur in einer Fassung Gesetz werden können, welche die Zustimmung des auf Grund des allgemeinen Wahlrechts

gewählten Reichstages gefunden hätte. Eine den Interessen des Proletariats dienende Reform des Gesetzes hätte sich dann wohl erzielen lassen. Wäre es dem Reichstag wirklich darum zu tun gewesen, nicht die nützlichen Zuschußkassen zu drangsalieren, sondern die Schwindkassen zu bekämpfen, dann hätte er den Antrag angenommen. Aber das wollten konservative, Reichspartei, Nationalliberale, Zentrum, Christlich-Soziale, Polen und Fortschrittler nicht. Deshalb lehnten sie den Antrag ab und beschloßen die Aufhebung des Hilfskassengesetzes. Dadurch haben die arbeitereindlichen Parteien unter anderem erreicht, daß neue Zuschußkassen von jetzt ab nur noch mit Genehmigung des Ausschusssamts für Privatversicherung begründet werden können, wenn auch die bestehenden Zuschußkassen nicht kurzerhand verboten werden dürften. Und wenn auch gesetzlich, ziemlich auslegungsfähige Vorschriften darüber bestehen, in welchen Fällen allein die Genehmigung versagt werden kann, so ist doch die Gründung segensreicher Zuschußkassen erschwert. Die bürgerlichen Parteien beschloßen diese Erschwerung, weil die Zuschußkassen Mitglieder der Gewerkschaften und Sozialdemokraten als Kassenbeamte anstellen können und weil die besitzenden Klassen daran interessiert sind, daß möglichst jeder nur Nachteile zu gewärtigen hat, der aufklärend und aufreißend im Proletariat wirkt.

Politische Rundschau

Deutschland.

Ein Urteil über die Reichspartei und ihre Führer.

Die konservative „Post“ veröffentlichte vor einigen Tagen hocherfreut aus einem Buche von Frymann eine Kritik Bassermanns; das Blatt unterschlug dabei aber völlig ein Urteil, das Frymann über die Reichspartei und ihre Führer fällt. In dem Buche heißt es: „Herr v. Kardorff verstand es, durch das Gewicht seiner Persönlichkeit die rein gouvemenentalen Neigungen in der Partei doch so weit zu kompensieren, daß eine gewisse Selbständigkeit gewahrt wurde. Als nach seinem Tode im Reichstage Fürst Hatzfeld die Führung übernahm, ging das Ansehen mit einem Schlage verloren; denn eine Partei, die ein national gleichgültiges und an Charakter unbeschriebenes Oberhaupt gibt, dankt ab. Im Sinne nationaler Politik ist die Leitung im preussischen Abgeordnetenhaus ebenso unzulänglich, die dem Freiherrn v. Zedlitz und Reukirch anvertraut ist, dem Diplomaten der inneren Politik, einem Manne von großen Fähigkeiten und reicher Erfahrung, zweifellos auch von Einsicht — aber auch nur allzu stiefmütterlich bedacht mit den männlichen Eigenschaften des Charakters und deshalb ohne Größe der Auffassung und Haltung; er ist eine Figur des politischen Hellbunkels, hat seine Hände in allen, und findet Vertrauen bei keinem.“

Das ist ja eine köstliche Zeichnung des Führers der Reichspartei im preussischen Abgeordnetenhaus.

Scharfmacher-Schmerzen.

Die Scharfmacher wissen sich noch immer nicht darüber hinwegzutrusten, daß der Reichstag die konservative Zucht-haus-Resolution abgelehnt hat.

„Wenn“, so klagt der Sachwalter der Scharfmacher, Viktor Schweinburg, in seiner Korrespondenz, „die Resolution vor dem Ausbruch des letzten Streiks im Ruhrkohlenbergbau vorgelegt worden und daraufhin der Beschluß des Reichstages erfolgt wäre, könnte man es vielleicht verstehen, daß eine aus Teilen des Zentrums und der nationalliberalen Fraktion, aus der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie zusammengesetzte Mehrheit des Reichstages gegen eine Vorlage zum Schutze der Arbeitswilligen sich ausgesprochen hätte mit der Begründung, daß ein Bedürfnis dafür nicht vorhanden wäre. Nachdem aber die Vorgänge beim Ausbruch des Ruhrstreiks gezeigt haben, was unter den heutigen Verhältnissen möglich ist, nachdem die Öffentlichkeit sich hat überzeugen müssen, daß in der Tat eine Minderheit von Arbeitern vermöge rücksichtsloser Anwendung des Organisationsprinzips und unter schreiendem Mißbrauch des Koalitionsrechts, tatsächlich imstande ist, einen ganzen großindustriellen Bezirk lahmzulegen, sollten doch die Vor-

ausfahrungen, unter denen man an die Beurteilung der Frage eines verstärkten Arbeitswilligenschutzes herantritt, ganz andere geworden sein."

Aber die Scharfmacher geben die Hoffnung noch nicht auf, sie rechnen damit, daß mit der Zeit die Mehrheit des Reichstages doch noch einen Besseren sich bestimmt. Wenn aber der Kampf im Ruhrgebiet als Beweis für die Unzulänglichkeit der bestehenden Gesetze angeführt wird, dann muß man doch sagen, daß durch die Streikjustiz im Ruhrgebiet genau das Gegenteil bewiesen wird. Die Strafen, die heute dort wegen doch mitunter recht harmloser Äußerungen verhängt werden, zeigen, daß die vorhandenen Strafbestimmungen eher zu hart als zu milde sind. Der Herzenswunsch der Scharfmacher geht auch in der Tat nach einer anderen Richtung hin — der Koalitionsfreiheit soll das Rückgrat gebrochen werden. Deshalb das Mitleid mit den angeblich so sehr bedrängten Arbeitswilligen.

Der Reichstagspräsident Macnypf

wird nach der Meldung einer parlamentarischen Nachrichtenstelle sein angefochtenes Mandat für den Reichstag nicht niederlegen, sondern das Resultat der Beweishebungen abwarten.

Klerikale Wahlagitation.

Wie das Zentrum im Wahlkreis Saarbrücken, in dem mit sozialdemokratischer Hilfe Bassermann gewählt wurde, gearbeitet hat, dafür liefert ein Wahlprotokoll ein sprechendes Beispiel. Am Tage vor der Hauptwahl hat der Pfarrer Veuger in Saarbrücken eine Rede gehalten, in der es u. a. heißt: „Meine lieben Frauen! Kocht morgen euren Männern einen guten schwarzen Kaffee, keinen Malzkaffee, nein, guten Bohnenkaffee; bezeugt ihr mit Liebenswürdigkeit, wenn ihr dies auch sonst nicht zu tun pflegt, kocht ihnen ein extra gutes Mittagessen und gebt ihnen dann morgen Abend tüchtig Geld. Ich bin sonst gegen jeden Bier- und Alkoholenuß, das wißt Ihr ja alle, aber morgen ist es erlaubt, da dürft Ihr Bier trinken, nicht bloß ein Glas, nein, viel mehr; gilt es doch den Sieg Sauermanns, der die Fahne Christi im Wahlkreis Saarbrücken vorantreibt, recht tüchtig zu feiern, denn jetzt heißt es: hier Christ, da Antichrist, dort Glaube, hier Unglaube; Eure Religion, Kirchen und Schulen sind in Gefahr. Dann wollen wir morgen öfters die Kirche aufsuchen und recht tüchtig und inbrünstig zu Gott beten und ihn flehentlich bitten, dann ist der Sieg von Sauermann ganz gewiß... Man will einen neuen Kulturkampf heraufbeschwören, deswegen kann und darf kein Katholik dem Bassermann seine Stimme geben.“ Man muß sich nur darüber wundern, daß erwachsene Menschen sich noch auf solche Weise auf den Leim locken lassen. Denkende Menschen würden dem Pfarrer nach solchen Ausführungen gezeigt haben, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Aber Saararabien ist noch weit hinter Rußland zurück!

Folgen einer polnischen Reichstagswahl.

Im Wahlkreis Schöneberg kam in der Reichstagswahl eine so skandalöse Wahlbeeinflussung, verbunden mit Manipulationen, die hart an Wahlfälschungen grenzen, vor, daß die polnische Bevölkerung heftig erregt war, als der freikonservative Kandidat Halek in dank solcher Mittel über den polnischen Kandidaten den Sieg davongetragen hatte. Die Folge der Rundgebungen polnischer Wählerkreise war ein Aufruhr- und Landfriedensbruchprozeß, der in der Nacht zum Sonntag zu Ende gegangen ist. Die Geschworenen verneinten die auf Aufruhr gestellten Schuldfragen, bejahten dagegen die Frage nach schwerem und einfachem Landfriedensbruch. Unter Zuhilfenahme milderer Umstände wurden die Arbeiter Subkowski, Piotrowski und Gadzinski zu je 10 Monaten Gefängnis wegen schweren Landfriedensbruchs, die Arbeiter Wilinski, Simon, Jurkiewicz und Grajewski zu je 6 Monaten wegen einfachen Landfriedensbruchs verurteilt. Den Verurteilten wurde die Untersuchungshaft voll angerechnet und Subkowski sofort aus der Haft entlassen. Die übrigen sieben Angeklagten wurden freigesprochen.

Zur Landtagswahl in Koburg-Gotha.

Am heutigen Dienstag finden die Neuwahlen statt. Bei der letzten Wahl im Jahre 1908 gelang es in Koburg von elf Mandaten eins, und in Gotha von 19 Mandaten sechs zu erobern. Im Gothaer Lande gibt es eigentlich nur drei Parteien. Die Agrarier, in denen Konservative und Antiklerikale reiflos aufgegangen sind, die „vereinigten“ Liberalen, in der die unbestrittene Führung „Rechtsnationalisten“ von besonders reaktionärer Spielart haben und die Sozialdemokratie. Kann auch die glänzend ausgefallene Reichstagswahl als eine Art „Generalprobe“ für den Ausfall der Landtagswahl gelten, so ist doch dabei zu berücksichtigen, daß viele unserer Genossen nicht die gothaische Staatsangehörigkeit besitzen und deshalb nicht wahlberechtigt sind. Auch die Bindung des Wahlrechts an einen, wenn auch geringen Steuerzensus, entrechtete viele der Ärmsten, der Anfall- oder Invalidenrentner u. c. mit ganz niederem Einkommen. Besonders ungünstig für die sozialdemokratischen Wahlausichten wirkt das indirekte Wahlverfahren. In vielen Orten, in denen die Agrarier herrschen, verhindert der bündlerische Terror die Aufstellung einer sozialdemokratischen Wahlmännerliste. So kommt es, daß wir wohl bei der Reichstagswahl 20 000 Stimmen auf unseren Kandidaten vereinigten, daß uns aber die letzte Landtagswahl nur wenig mehr als 10 000 Stimmen brachte. Wenn wir diesmal unsere Stimmenzahl auf 12 000 erhöhen könnten, so wäre dies zweifellos ein großer Erfolg.

Besonders aufregende, gesetzgeberische Arbeit hat die verfloßene Session nicht gebracht. Sechs Besoldungsvorlagen in vier Jahren! Die Staatsarbeiter hat man mit einer einmaligen zehnpromzentigen Aufbesserung abgeseift. Umso besser wurden die höheren Beamten bezahlt.

Alle Bemühungen unserer Genossen, die infolge der Kleinpartei besonders hohen Verwaltungskosten der Thüringer Staaten durch Vereinfachung und Zusammenfassung der Verwaltung herabzumindern, scheiterten an dem

Kriegervereinpatriotismus der bürgerlichen Klassen und den Eifersüchtigkeiten der Regierungen. Ein Antrag unserer Genossen:

„Der Landtag wolle die Herzogl. Staatsregierung ersuchen, mit den Regierungen sämtlicher Thüringer Kleinstaaten Verhandlungen einzuleiten, um für diese Kleinstaaten eine einheitliche Gesetzgebung und Zentralverwaltung anzubahnen“

wanderte, gegen die Stimmen unserer Fraktion einfach in den Papierkorb. Auch der von einer großen Mehrheit des Landtags gefasste Beschluß, an Stelle der indirekten Wahl das direkte Wahlrecht einzuführen, scheiterte an dem Widerstand der Regierung. Ohne reaktionäre „Kompensationen“, wie Einführung eines Dreiklassenwahlrechts oder Bevorzugung von Besitz und sogenannter „Bildung“ u. d. d. h. an dem bestehenden Zustand nicht gerüttelt werden, erklärte der als Staatsminister fungierende ehemalige preussische Geheimrat von Richter. Ein „leblich auf der Masse“ beruhendes Wahlrecht dünkt der Regierung, wie sie zugestand, zu gefährlich! Neben einigen kleineren Vorlagen, die u. a. Bekämpfung gemeindefählicher Krankheiten, Einrichtung von Pfarrerbesoldungskassen, Abänderung des Volksschulgesetzes betrafen, hat die Schaffung einer Elektrischen Landeszentrale längere Zeit den Landtag beschäftigt. Es wurde ein umfangreicher, komplizierter Staatsvertrag mit der Berliner A. E. G. geschlossen und obgleich unsere Fraktion nicht durchzusetzen vermochte, daß das Unternehmen in Staatsregie ausgeführt und betrieben wurde, stimmten sie schließlich doch für die Vorlage, um nicht das ganze Projekt, das weiten Kreisen der Bevölkerung wirtschaftliche Vorteile bringt, scheitern zu lassen.

Zum Schluß sei nur noch der Beschluß des Gothaer Landtags erwähnt, die Rotwildjagden in den Staatsforsten nicht wieder zu verpachten, sondern das Wild abschließen zu lassen. Damit wurde noch in letzter Stunde einer gänzlichen Vernichtung großer, durch den Wildfraß verurachteter Waldreviere vorgebeugt und einer allen Forderung unserer Genossen Rechnung getragen. Auch die Chauffeegeldfrage und die damit verbundene Einführung einer Heranziehung der Automobile zur Erhaltung der Straßen sei hier nur nebenbei erwähnt. Da der Antrag unserer Genossen auf Beseitigung des Chauffeegeldes überhaupt abgelehnt wurde, so waren sie aus Gründen ausgleichender Gerechtigkeit dafür, daß diese Chauffeegeldhebung auch für die Besiggenen durchgeführt wurde. Selbst der beschlossene Boykott des Landes durch die vornehmen Automobilklubs konnte sie nicht wankend machen.

Den zukünftigen Landtag werden voraussichtlich drei größere Gesetze beschäftigen, um die sich auch der Wahlkampf vorwiegend dreht. Die Sozialdemokraten fordern eine gründliche Reform des Gemeindegesezes. An die Stelle der jetzigen Bürgergemeinde soll die Einwohnergemeinde treten. Die notwendige Reform des Gemeindegesezes möchte die Reaktion mit einer Erdrösselungssteuer für die Konsumvereine belasten; die gilt es zu verhindern und weiter wird gefordert werden müssen, daß den zahlreichen armen Gemeinden durch Übernahme der gesamten Schullasten auf die Staatskasse geholfen werde. Endlich wird die Wahlrechtsfrage erneut aufgerollt werden müssen. Da damit auch das Staatssteuergesetz geändert werden muß, stehen heftige Kämpfe bevor. Unsere Partei verlangt Befreiung der unteren Einkommensklassen von der Staatssteuer ohne Vernichtung des Wahlrechts, wie überhaupt eine Reform im Sinne unseres Programms. Bis jetzt besteht hier noch der skandalöse Zustand, daß Einkommen von über 300 Mk. zur Steuer herangezogen werden. Auch in dem Gothaer Lande verbietet der „Familiensinn“ den besitzenden Klassen die Einführung jeder Besitzsteuer und der Steigerung der Einkommensteuer für größere Einkommen. Die gründliche Erörterung aller dieser Fragen hat den Wahlkampf nicht nur beherrscht, sondern ihm auch eine besondere Schärfe verliehen.

Italien.

Minister für Tripolis. In der Kammer Sitzung unterbreitete Ministerpräsident Giolitti einen Gesetzentwurf, der die Schaffung eines Kolonialministeriums bezweckt. Als Kandidaten für das neue Portefeuille werden in der Hauptsache der Abgeordnete Bertolini und der Ex-Sozialist Ferri genannt.

Belgien.

Der Ausfall der Wahlen. Am Sonntag wurden in Belgien die Wahlen zum Senat und zur Kammer vorgenommen. Es waren 93 Senatoren und 186 Deputierte zu wählen. Die Zahl der Deputierten hat sich nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung um 20 erhöht. Leider ist es bei dieser Wahl noch nicht gelungen, die klerikale Kammermehrheit zu brechen. Die Katholiken hatten bisher in der Kammer eine Mehrheit von 6 Stimmen; diese Mehrheit der Regierung ist nicht nur erhalten geblieben, sondern sie ist noch gesteigert worden von 6 auf 16 Sitze. Von den 20 neuen Mandatanten gewannen die Katholiken 15, die Sozialdemokraten 4 und die christlichen Demokraten 1. Allgemein kann eine Zunahme der sozialistischen Stimmen über die prozentuale Zunahme der Stimmen überhaupt festgestellt werden; dagegen blieben die liberalen Stimmen überall im Rückstand, da der rechte Flügel diesmal sicher für die Reaktion gestimmt hat.

Bandervolde kündigte eine neue Wahlrechtsbewegung zugunsten der Beseitigung des Mehrstimmrechts an. Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei „Le Peuple“ spricht von einem Siege der Korruption und des Schwindels. Der schlimmste Antagonismus und der gefährlichste Widerspruch in dem Konflikt bestehe zwischen der gesetzgeberischen Gewalt und dem nationalen festen Willen, ein anderes Regime herbeizuführen.

Aus Anlaß des Wahlausfalles kam es gestern in Lüttich zu Demonstrationen. Das Militär und die Gendarmen schossen auf die Demonstranten, wobei drei Personen getötet und 15 schwer verletzt wurden. — In Charleroi ruht als Protest gegen den Wahlausfall die Arbeit.

Italien.

Der französische Ausfall aus Fez. General Lyautey sandte dem Minister des Außern folgende Telegramme aus Fez unter dem 1. Juni 9 Uhr abends: Die Kolonne des Obersten Gouraud, die fünf Bataillone Infanterie, sechs Abteilungen Artillerie und zwei Eskadrons Kavallerie umfaßt, rückte um 5 Uhr früh gegen den Feind vor, der sich zehn Kilometer nordöstlich von Fez an den Ufern des Sebu sammelt hatte. Die Kolonne machte einen heftigen Angriff gegen die feindlichen Abteilungen, die infolge des Artilleriefeuers von den Abhängen nicht herabsteigen konnten. Um 10 Uhr gelangte die Kolonne zu einem des großen feindlichen Lager, das von der Artillerie bombardiert und vom Feinde schnell geräumt wurde, der in hellen Haufen in die Berge floh. Cleissami, der Anführer der Harka, fiel in unsere Hände. Der Feind ließ zahlreicher Tote zurück. Die Operation wird morgen fortgesetzt. — Aus Fez, 3. Juni, wird gemeldet: Die Kolonne des Obersten Gouraud ist zurückgekehrt. Seit gestern mittag ist kein Schuß gefallen. Der Feind scheint vollständig zerstreut zu sein. Die Generale Lyautey, Moinier, Brutard sowie El Mokri kamen der Kolonne entgegen, die mit Musik die Hauptstraße durchzog. Die Verluste der Franzosen betragen nach neueren Feststellungen 12 Tote und 31 Verwundete. Der Sultan Malek Hafid und der Gesandte Regnault werden in Kürze gemeinsam abreisen, wenn die Lage es gestattet.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 4. Juni.

Die freien Gewerkschaften Deutschlands sind allen Arbeiterfeinden ein großer Dorn im Auge. Sie möchten dieselben am liebsten vernichten oder wenigstens durch Furchungen in Form von Arbeitswilligen, schuh gefahren in ihrer Wirksamkeit für die Interessen der Arbeiter erheblich behindern. Doch auch das ist vorläufig vorbeigelungen; im Reichstage getrauten sich sogar nur einige vereinzelte Nationalliberale offen zu solchen Ausnahmesehnen zu bekennen, für die sie im Grunde ihres Herzens wahrscheinlich alle gern stimmen würden, wenn sie damit ihren angeblichen Liberalismus öffentlich nicht gar zu sehr bloßstellen würden. Die „Lübeckischen Anzeigen“, die doch als Organ der hiesigen Nationalliberalen gelten, erheben nun gestern in einem langen Artikel wieder ihr heiseres Gebrüll nach Beseitigung des Streikpostenstehens und nach „Schutz der Arbeitswilligen gegen die sozialdemokratischen brutalen und nichtsmwürdigen Schikanen“. Welche eben nationalen und vaterlandsliebenden Elemente gerade die armen schikanierten Arbeitswilligen stellen, haben wir hier in Lübeck zur Genüge erfahren; als Schuhpatron dieser Kaufbolde und Revolverhelden, die friedliche Einwohner bedrohten, nimmt sich unser Amtsblatt garnicht übel aus. Daß die Scharfmacher und Kapitalistenhelflinge allein nicht imstande sind, die mächtig aufstrebende moderne Arbeiterbewegung zu hemmen oder gar zu zertümmern, dümmert allmählich auch den „Lübeckischen Anzeigen“. Deshalb sieht das Blatt sich nach anderweitiger Hilfe um und meint diese in den „nationalen Arbeitervereinen“ zu finden. Es ist ja richtig, daß die Mitglieder der letzteren noch nicht begriffen haben, daß eine dauernde Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ein Unding ist, und daß sie den wahren Interessen der werktätigen Bevölkerung schon mancherlei Schaben zugefügt haben, zur Freude aller Ausbeuter. Die Entwicklung zeigt aber, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit einer wirklich zielbewußten Gewerkschaftsbewegung unaufhörlich wächst und daß sowohl die konfessionellen wie die gelben „nationalen“ Arbeitervereine zu keiner erheblichen Bedeutung gelangen. Daran ändern auch einige mißlungene Kämpfe der freien Gewerkschaften nichts, in denen die „Christen“ und Gelben die Verräter an der Sache der Arbeiterschaft spielten.

Ein konservativer Verein ist hier, wie gemeldet wird, gegründet worden. Durch diesen Verein dürfte der Lübecker Fortschrittlichen Volkspartei eine ernsthafte Konkurrenz erwachsen, zumal manche ihrer Mitglieder garnicht erst ihre Ansichten und Gesplogheiten zu ändern hätten, wenn sie dem reaktionären Verein beitreten würden.

Eine Mitgliederliste hat der Verein der Musikfreunde im verfloßenen Jahre zu verzeichnen; ebenso sind die Konzertabonnenten an Zahl nicht unerheblich zurückgegangen. Es wurde in der Generalversammlung des Vereins konstatiert, daß es gerade die besitzenden Klassen seien, die den Verein wie das Theater im Stich lassen. Neu ist diese Erscheinung zwar nicht, aber sie zeigt recht deutlich, wie wenig jene Kreise an klingender Münze für die Kunst übrig haben, die sich so gern als Kunstfreunde aufspielen und für die der Staat große Aufwendungen macht.

Für den bevorstehenden stärkeren Reiseverkehr werden amtlich den Eisenbahndirektionen die wichtigeren Vorschriften in Erinnerung gebracht. So soll z. B. streng darauf gehalten werden, daß bei Bildung der Züge die Hälfte der Abteile zweiter und dritter Klasse als Nichtraucherabteile bezeichnet werden. In den D-Zügen soll das Rauchen in den Gängen der Wagen für Nichtraucher und solcher Wagen, die teils für Nichtraucher, teils für Raucher bestimmt sind, unbedingt untersagt sein. In den Schlafwagen darf während der Stunden von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens überhaupt nicht geraucht werden. Das Zugbegleitpersonal soll die Aufrechterhaltung dieser Bestimmung selbstständig überwachen und ohne erst Beschwerden von Reisenden abzuwarten, gegen Übertretungen heftig, aber bestimmt einschreiten. Andere Vorschriften richten sich gegen das herumziehen rücksichtsloser Reisender in den Gängen der D-Zugwagen, wo sie den Mitfahrenden die Aussicht entziehen, beziehungsweise den Verkehr behindern, gegen die fahrlässige Behandlung des Reisegepäcks durch das Stationspersonal usw. Besondere Sorgfalt soll auf die ordnungsmäßige Unterbringung der Reisenden (durch Anweisung geeigneter Plätze) verwendet werden, namentlich auf den Zwischenstationen, wo die Züge oft nur kurze Zeit halten. Hier könne dem wartenden Publikum schon vor dem Einlaufen des Zuges ungefähr die Stelle angegeben werden, wo die Wagen der einzelnen Klassen, oder die Durchgangswagen bestimmter Kurse halten werden. Dies würde durch eine angemessene kurze Unterweisung durch einen der auf dem Bahnsteig anwesenden Bediensteten in einfacher Weise geschehen können. Der Erlaß des Ministers schließt: „Die Kontrolleure und Zugbegleiter sind dahin zu unterweisen, daß sie das Zugpersonal in bezug auf die Erfüllung seiner Pflichten dauernd unter Kontrolle halten. Selbstverständlich ist diese Kontrolle auch von den übrigen Aufsichtsbeamten sorgfältig zu üben. Es wird sich empfehlen, daß die Dezerenten der königl. Eisenbahndirektionen und die Amtsvorstände sich die Beobachtungen über die Tätigkeit des Zugpersonals, die Abfertigung der Züge, die Gepäckbehandlung usw. von Zeit zu Zeit mündlich zum Vortrag bringen lassen.“

Der Arbeiter-Bildungsverein veranstaltet am Donnerstags, dem 6. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus eine Aufführung des Lustspiels „Fischer zweiter Mann“ von Engländer und Troger. Das reizende, humorvolle Stück hat in Berlin einen großen Erfolg davongetragen, der ihm auch hier in Lübeck beschieden sein dürfte. Man darf das umso mehr erwarten, als die Mitwirkenden durchweg erste Kräfte des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg sind, einer Bühne allerersten Ranges. Die Herren Jillich, Sartory und Elmar gehörten früher auch dem Lübecker Stadttheater an und ihre Leistungen fanden die einmütige rückhaltlose Anerkennung der gesamten Kritik. Es ist somit ein außerordentlich genussreicher Abend zu erwarten. Da der Eintrittspreis auf nur 30 Pfg. festgesetzt worden ist, so darf wohl auf ein ausverkauftes Haus gerechnet werden. Wir möchten den Besuch der Vorstellung angelegentlich empfehlen.

ist Gurken Salat gesund? Diese Frage ist zurzeit aktuell. Sie wird nicht selten verneint, und besonders gibt es zahlreiche Eltern, die es gern auf sich nehmen, den Gurkensalat, der auf den Tisch kommt, allein aufzusetzen, da er ihnen für die Kinder zu schwer befürchtet erscheint. Da darf man wohl an ein Gespräch erinnern, das Justinius Kerner, der nicht nur ein Dichter schöner Lieder, sondern auch ein tüchtiger Arzt war, mit seinem Freunde Ludwig Hlath hatte. Dieser behauptete, daß die Ärzte ihm dies und jenes verboten hätten, worauf Kerner meinte, jeder Arzt beurteile den Magen seiner Patienten nach seinem eignen, und was ihm schlecht bekomme, verbiete er andern. Dann fuhr er fort: „Ich aber halte nichts für gefährlicher als Gurken und Boragen (Wortsalat) ich habe ihnen zu Ehren auch einen Vers gemacht, der eigentlich als mein letzter Wille gelten soll:

Auf meinem Grabe sollen stehen
Kumern und Boragen;
Die Menschen sollen vorübergehen —
Die Menschen machten mir nur Wehn,
Sie machten mir Behagen!

Dann erzählte Kerner von einer Gurkenkur, die er an einem Patienten ausgeführt: „Es besuchte mich eines Vormittags ein Hofmeister mit zwei Böglingen aus einem prinzipalischen Haus. Er sagte, er mache mit seinen Böglingen eine Fußreise und möchte gern das Kloster Schönthal besuchen; der eine seiner Gieven sei aber an einem heftigen Nervenfall erkrankt und könne die Reise nicht fortsetzen; ob ich nicht so gut wäre, denselben in Behandlung zu nehmen, bis er den andern Abend wieder zurückkehre? „Recht gern!“ sagte ich und behielt den jungen Menschen bei mir; es war ein liebes zartes Herrchen, und ich erkundete bald, daß er den Tag vorher in Heilbronn zwölf Kuchen und sonstiges süßes Zeug gegessen hatte. „Ist Du auch kein Gurken Salat?“ fragte ich ihn bei Tisch. „Ja, aber —“ „Kein aber! Ich nur tapfer darauflos, er ist Dir gesund.“ Der kleine hatte etwas Fieber und Durst und der frische Gurkensalat schmeckte ihm außerordentlich. Abends bekam er zur Abwechslung warmen Gurkensalat, den mein Knecht so vorzüglich mag; er behagte ihm auch vorzüglich. Den andern Mittag saßen wir eben bei Tisch, da kam der Hofmeister. Schon unter der Tür fragte er ängstlich: „Wie geht es dem lieben Patienten?“ — „O, ganz gut, er ist vollständig gesund.“ — „Ich bin Ihnen unendlich viel dankbar, Herr Doktor!“ sagte der Hofmeister, „darf ich bitten, was bin ich schuldig?“ — „Nichts.“ — „Aber Sie bitten doch Ausgaben für die Apotheke?“ — „Ei, bewahre! Ich habe ihn nur recht tüchtig Gurkensalat essen lassen, und jetzt ist er, wie Sie sehen, zur Abwechslung Boragensalat.“ — „Ja, ich habe viel Gurkensalat gegessen!“ rief triumphierend der Bögling. „Die Gurken“, sagte ich, „enthalten viel schleimige und bittere Bestandteile, was auf die Gedärme sehr wohlthätig wirkt, und in den Boragen ist Salpeter, der erfrischt und kühl.“ Der Hofmeister schüttelte ungläubig den Kopf, und ich glaube, er war recht froh, als er seinen Bögling aus meinen ärztlichen Klauen mußte.“

Schauflüge auf dem Landungsplatz anlässlich des Nordwestfluges. Der Ortsausschuß für die Jmündentandung der Flugzeuge des Nordwestfluges beschloß in seiner gestrigen Sitzung, neben den hier landenden Fliegern noch einen weiteren zuverlässigen Flieger zu engagieren, der am Donnerstag, dem 6. Juni, auf dem Landungsplatz an der Israelsdorfer Allee Schauflüge vorführt. Die sofort eingeleiteten Verhandlungen haben dazu geführt, den erprobten Sturmflieger Abramowitsch mit dem Wrightsturmflugzeug zu verpflichten, auf welchem er kürzlich in Berlin-Johannisthal während der Pfingsttage trotz des kümmerlichen Wetters derartig imposante Flüge ausführte, daß das anwesende zahlreiche Publikum in heller Begeisterung dem Flieger für seine einzig dastehende Leistung zujubelte. — Dem Lübecker Publikum steht daher ein hoher sportlicher Genuß bevor und man darf mit dem größten Interesse den in Aussicht stehenden Vorführungen entgegensehen. — Der Ortsausschuß bittet ferner, bekanntzugeben, daß, entgegen den heute veröffentlichten Zeitungsnotizen, nach welchen der Flug abgebrochen werden sollte, die Fortsetzung des Nordwestfluges von Münster am morgigen Mittwoch 4 Uhr früh erfolgen wird. Die Möglichkeit liegt allerdings vor, daß die Flugzeuge erst am Freitag hier ein treffen werden und wird dieses selbstständig in entsprechender Weise bekanntgegeben.

Doppel-Badankalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 3. Juni, morgens 6 Uhr: Wasser 15, Luft 14, morgens 10 Uhr: Wasser 15, Luft 18; mittags 12 Uhr: Wasser 15, Luft 19; abends 6 Uhr: Wasser 15½, Luft 18 Grad Celsius.

Handelsgesellschaft. Am 1. Juni 1912 ist eingetragen bei der Firma Eriket-Großhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck: Die Vertretungsbefugnis des F. C. W. Freitag und H. Th. J. Alter ist beendet. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann B. Ch. D. Sommer in Lübeck, zum stellvertretenden Geschäftsführer der Kaufmann Emil Wagn Heinrich Pecht in Kiel.

Schwer beschäftigt muß wohl gegenwärtig der Lübsche Senat sein. In der bürgerlichen Presse liest man fast täglich Berichte über Begrüßungskreden, welche Senatmitglieder halten, Festessen, an denen sie teilnehmen, Besichtigungen usw. Es ist auch noch nicht lange her, da wurden vom Senat gar auf offenem Markte Fahnenmangel und Wänder befestigt resp. überreicht. Daran scheint er Geschmack gefunden zu haben, denn er hat kleinteilig den China- und Afrikaflaggen auf Kosten der Steuerzahler eine Fahne „verleihen“, bei deren Übergabe wieder die obligaten Reden im Freien folgen sollen. Ja, der Lübsche Senat hat es wirklich schwer!

Gefundene Gegenstände. Im Monat Mai d. J. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeleistet bzw. angezeigt und nicht wieder Abgeholt: Mehrere Portemonnaies mit Inhalt, 1 Trauring, 1 silb. Herrenuhr, 2 silb. Armbänder, 1 Korallenbroche, 2 schottische Karren, 1 grauer Anzug, mehrere Damenblusen und Schürzen, 1 Überzieher, 1 Handtuch, 1 Damen-Handtasche, 1 Herrenfilzhut, 1 Puppenportarre, 1 weißer Puppenhut, 3 Damenschirme, 1 Laufsäge, gestell, mehrer Pfund Streuzucker, 1 Fußbaal, 1 Lornier mit Inhalt, 1 Stück Bleirohr, 1 Brennglas und 1 Hundeleine.

pb. Fahrrad- und andere Diebstähle. Am 3. d. Mts., gegen 1½ Uhr mittags, ist ein vor dem Hause Gde Schwarz-

tauer- und Fackenburg Allee aufgestelltes Fahrrad gestohlen worden. Das Rad hat schwarzes Gestell, dito Felgen, nach oben gebogene Lenkstange und trägt die Marke „Benetton“. Die Polizeinummer ist 1507. — Am 2. d. Mts., vormittags, ist aus einem Schuppen am Konstantplatz ein Fahrrad, Marke „Nordstern“, gestohlen worden. Das Rad hat schwarzes Gestell, vernickelte Felgen, nach unten gebogene Lenkstange, Ledergriffe und trägt die Polizeinummer 5283. — Aus dem Mannschaftslogis eines hier im Hafen liegenden Dampfers sind in der Nacht zum 3. d. Mts. ein brauner Gummiregenmantel und ein Jackett mit Weste gestohlen worden.

ph. Verhaftungen. Festgenommen wurden: Ein Matrose aus Tammerfors (Finnland) der sich der Körperverletzung zum Nachteil eines Matrosen von einem hier im Hafen liegenden Segler schuldig gemacht hatte, und ein Arbeiter von hier wegen tätlicher Beleidigung und Bedrohung.

Sausa-Theater. Man schreibt uns: Das Gastspiel des berühmten Intimen Theaters aus Hamburg hat kolossal eingeschlagen! Jeder Besucher ist voll des Lobes und der Anerkennung über die hervorragenden Leistungen der Gesellschaft. Die Hauptattraktion ist die amüsante einaktige Operette „Ramsenit“ und die hübsche Vortragskünstlerin Gretel Mayhof. Trotz der Konkurrenz des Zirkusses ist das Theater gut besucht. Da das Gastspiel nur kurze Zeit dauert, beeile sich jeder es anzusehen.

Sarrasani ist nach wie vor die Parole für ganz Lübeck und dessen Umgebung, und einstimmig lautet das Urteil über das Gesehene darin, daß ähnliches bisher hier noch nie gezeigt wurde. Für heute Dienstag ist ein Barforce-Abend angelegt, dessen Zusammenstellung nur möglich ist für Sarrasani, weil kein anderes Unternehmen über das dazu nötige Material an Kunstkräften und Tieren verfügt. Morgen Mittwoch finden bekanntlich zwei Vorstellungen statt, deren eine um 8 Uhr nachmittags beginnt und trotz absolut unverkürzten Programmes für Kinder nur halbe Preise bedingt.

Gemeindevorstandswahlen. Von der Gemeindevorstandswahl in G o t h m u n d ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen Vorarbeiters Braum der Fischer Hans Johann Georg Franz Witt zum Mitgliede des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt worden. — Von der Gemeindevorstandswahl in K r o n s f o r d e ist an Stelle des zum Vorsitzenden des Gemeindevorstandes erwählten Hünners Schnoor der Zimmerpolier Hermann Joachim Wilhelm Grube zum Mitgliede des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt worden. Die Erwählten sind bestätigt worden.



Stotfelddorf. Die weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins hielten am Donnerstag ihre Monatsversammlung ab. Es wurde endgültig beschlossen, am 28. Juni das Sommerfest abzuhalten, bestehend in Kinders-, Frauen- und Männervergügen mit nachfolgendem Kränzchen beim Vereinswirt F. L. Paetau. Ein Fest-Komitee von sieben Genossinnen hat die Vorarbeiten zu leiten.

Möllu. Im Scherz erhängt. Durch eigene Unvorsichtigkeit hat der 14jährige Sohn der Witwe Lier in Vorstorf sein Leben verloren. Im Scherz wollte er dem Knecht zeigen, wie es aussieht, wenn sich jemand erhängt. Er schlug auf dem Boden einen Strick um einen Balken und legte sich die Schlinge um den Hals. Als es ihm zu stramm wurde, wollte er sich hochziehen. Hierbei erfasste er das falsche Strickende, und die Schlinge zog immer fester an. Als der Knecht erschien, war er schon tot. Seine Mutter betrauert in ihm ihren einzigen Sohn.

m. Entin. Achtung, Parteigenossen und Gewerkschaftskollegen! Obwohl die Bewegung am hiesigen Orte auf beiderseitigen Gebieten auf ziemlich hoher Stufe steht, so kann man das in bezug auf andere Angelegenheiten leider nicht sagen; das betrifft an erster Stelle die Pflege des Gesanges. Hier zeigen unsere Genossen und Gewerkschaftskollegen sehr wenig Interesse; einen Beweis dafür liefert uns die Stärke des Gesangsvereins „Harmonie“ gegenüber den organisierten Gewerkschaftsmitgliedern. Während die Gewerkschaften zirka 400 Mitglieder aufweisen, zählt der Arbeitergesangsverein ganze 20 Mann. Diese Tatsache ist für die hiesige organisierte Arbeiterschaft bedauerlich und zwar umso mehr, da die Arbeiter sonst bei allem möglichen Klimbim in großer Zahl anzutreffen sind; dem Arbeitergesangsverein stehen sie förmlich fremd gegenüber, ebenso der Arbeiterpresse und der Genossenschaftsbewegung. Fragt man nun nach den Ursachen, so muß man sagen, daß hier vielfach die Personentfrage eine Rolle spielt. Die Arbeiterfänger richten nun an die Genossen und Kollegen das Ersuchen, sich mehr als bisher dem Gesangsverein anzuschließen. Wüßte mancher Genosse, wie gerade die Arbeitergesangsvereine zur Zeit des Sozialistengesetzes gewirkt haben, so würde wohl die Zahl und Standhaftigkeit der damaligen Mitglieder Bewunderung erregen. Doch davon abgesehen; gegenwärtig haben die Arbeitergesangsvereine den Zweck, den Gesang zu pflegen und die Genossen bei Arbeiterfesten zu unterhalten.

Hamburg. Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Am Montag abend 11 Uhr geriet der Schiffschiff Brech mit dem Arbeiter Cludas, einem Gewohnheitsrinler, in der Niedernstraße in einen Wortwechsel. Cludas zog plötzlich sein Messer aus der Tasche und steck es seinem Gegner in den Unterleib. Nach ein paar Schritten brach Brech bewußtlos zusammen. Er wurde von Schutzleuten nach der Wachtstube in der Deppenau gebracht, wo er beim Anlegen des Notverbandes starb. Der Leichnam wurde nach dem Hafentraktenhaus befördert.

Ottensen. Schüler selbstmord. Aus Furcht vor Strafe hat sich der bei seinen Eltern in der Schulstraße, Ottensen, wohnende 13jährige Schulknabe Carl Frückling mit einem Tesching in den Kopf geschossen. Schwer verletzt wurde er ins Krankenhaus geschafft. Hier ist er bald nach seiner Entleerung verstorben.

Kiel. Lohnbewegung der Brauereiarbeiter. Nur selten dürften einer Lohnbewegung so viele Schwierigkeiten bereitet worden sein, wie der der Kieler Brauereiarbeiter. Anfänglich erklärten die Brauereibesitzer, daß sie eine weitere Belastung der Produktion durch Lohnerhöhungen nicht ertragen könnten, also eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausgeschlossen sei. Einen sehr schweren Stand hatte die Arbeiterkommission, mußte sie doch jede einzelne Position in längerer Rede vertreten,

was um so schwieriger war, weil die Verhandlungen nicht direkt mit den Brauereien, sondern mit dem Vertreter des Arbeitgeberverbandes, dem die Brauereien sich angeschlossen haben, geführt werden mußten. Nicht weniger als zehn Verhandlungen hat es bedurft, um ein Resultat zu erreichen, das, wenn auch nicht befriedigend, so doch als annehmbar bezeichnet werden kann. Eine Versammlung am 30. Mai nahm schließlich das Angebot gegen eine sehr erhebliche Minderkraft an. Die wesentlichsten Verbesserungen des für vier Jahre geltenden Tarifes sind nachstehende: Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde tritt für das letzte Vertragsjahr ein. Die Nachtstundenlohn für Heizer wird bei der Sonntagschicht um 2 Stunden verkürzt. Die Wochenlöhne erhöhen sich während der Tarifdauer im Durchschnitt um 1,25 Mk. Die Nachtschichtzulage erhöht sich um 25 Pfg. und beträgt bis zu drei Schichten 1,50 Mk., über drei Schichten 2,75 Mk. Neueingeführt wird eine Zulage für Nachtschichten der Heizer von je 50 Pfg. Die Entlohnungssätze für Ackerstunden und Sonntagsarbeiten erhöhen sich um je 5 Pfg. Schließlich wurde noch ein Urlaub von 2-4 Tagen mit Lohnzahlung vereinbart.

Grevesmühlen. Zur Reichstagsersatzwahl in S a g e n o w - G r e v e s m ü h l e n, die schon am 20. Juni stattfindet, macht die konservative „Mecklenburger Warte“ folgenden Vorschlag: Die konservative Parteileitung müßte mit der liberalen in Verhandlungen eintreten zwecks Bekämpfung der Sozialdemokratie, zwecks Zusammenhalten in der Stichwahl. Der Freisinn müßte sich dazu verpflichten, im Falle einer Stichwahl zwischen Bauk und dem Sozialdemokraten, die Parole für Bauk auszusprechen, während die Konservativen sich verpflichten, im Falle einer Stichwahl zwischen Sivkovich und Kober, für Sivkovich zu stimmen! Aus der Antwort der Liberalen wird man hiernach die Schlüsse zu ziehen haben. Der Zweck des Vorschlages soll sein, dem Freisinn Gelegenheit zu dem Nachweise zu geben, daß die von rechtsstehender Seite vertretene Auffassung irrig sei, nach welcher zwischen einem feuerroten Sozialdemokraten und einem bläutroten bürgerlichen Demokraten zurzeit ein Unterschied nicht gemacht werden könne. Damit müßten die Konservativen die Freisinnigen aufs Glatteis locken. Wenn sie sich auf diesen Vorschlag einlassen wollen, würden sie schon vor der Wahl sich so unsterblich blamieren, daß schon dadurch verhindert würde, daß sie in die Stichwahl kommen. Und das ist es gerade, was die Konservativen erreichen wollen, denn sie haben nur Aussicht auf einen Sieg in der Stichwahl, wenn der Sozialdemokrat ihr Konkurrent ist, weil ein Teil des freisinnigen Epischbürgertums, wie im Januar, auch jetzt wieder den Hauskreiser für die Konservativen spielen dürfte.

Wismar. Berufserklärung durch die Metallindustriellen. In Wismar haben die Metallindustriellen ein Abkommen getroffen, durch das sie die Einstellung von Arbeitern, die aus irgend einem Grunde einem Betriebe den Rücken kehren, in einen andern Betrieb verhindern. In den letzten Wochen waren nicht weniger als vier derartige Fälle von Berufserklärung zu verzeichnen, wodurch die Arbeiter fast immer gehindert wurden, unter besseren Bedingungen Arbeit zu nehmen. Die Arbeiterorganisationen haben nunmehr dazu Stellung genommen und sich zunächst an sechs Firmen mit einer Anfrage gewendet; drei Firmen haben überhaupt nicht geantwortet, woraus man wohl schließen darf, daß solche Verabredungen bestehen. Zwei Firmen haben die Verabredungen bestritten, und die Wagenbau-Aktiengesellschaft hat eine Befristung erlassen, in der sie das Bestehen bestimmter Verabredungen zugibt, jedoch sollen sie nur auf Arbeiter, die noch in Arbeit stehen und sich nach einer andern Stelle umschauen, Anwendung finden. Das trifft aber nicht zu, denn es werden einige Leute nicht in Arbeit genommen, obwohl solche vorhanden ist. Es liegt also nachweisbar eine Berufserklärung nichtiger Arbeiter vor. Jetzt haben die Gewerkschaften zunächst in Betriebsversammlungen den Beschluß gefaßt, alle Überstunden zu verweigern. Dieser Beschluß ist später dahin erweitert worden, daß die Sperre über ganz Wismar verhängt wurde und die unverheirateten Arbeiter erücht wurden, abzureisen. Die Zusammenwirkung dieser Beschlüsse dürfte ihre Wirkung nicht verfehlen. Die Direction der Wagenbau-A.-G. ist wenigstens anscheinend sehr erboßt darüber. Sie fordert durch Anschlag sämtliche Arbeiter auf, Überstunden zu leisten und verlangt von denjenigen, die auf der Verweigerung der Überstunden beharren, dies im Kontor persönlich zu bestätigen! Der Schlussatz des famosen Anschlag lautet förmlich: „Ich bemerke noch ausdrücklich, daß die mir treubleibenden Arbeiter in jeder Weise auf mein Entgegenkommen und auf meine Fürsorge rechnen können!“ — Weisliche und Zuckerbrot — das also ist die Lösung der Metallindustriellen von Wismar. Natürlich werden die Überstunden von den Arbeitern weiter verweigert, und niemand wird sich im Kontor melden. Die Sperre wird um so strenger durchgeführt, um so durch Entziehung der Arbeitskräfte den Terrorismus der Unternehmer zu brechen. Alle Arbeiter aber, die in Wagenfabriken, Glaserien, Automobilfabriken, Maschinenfabriken usw. tätig sind oder sein können, werden dringend ersucht, Wismar zu meiden.

Literarisches.

Griechens Reiseführer, Band 53: „Die Nordseebäder“. 15. Auflage. Mit 8 Karten. (2 Mark.) Verlag Albert Goldschmidt, Berlin W. 35. Es ist eine erfreuliche Erscheinung, daß mit der raschen Entwicklung des deutschen Ueberseefahrers das Interesse des deutschen Volkes für die See- und Schifffahrt in ungeahnter Weise gewachsen ist. Der beste Maßstab dafür ist der von Jahr zu Jahr stetig wachsende Besuch der Seestädte, Küstenplätze, Nordseeinseln und Nordseebäder. Als unterrichteter und zuverlässiger Reisebegleiter erweist sich Griechens bewährter Reiseführer „Die Nordseebäder“ bearbeitet von Schiller-Tieck, für Besucher der Seebäder auf den nord- und ostfriesischen Inseln, an der Elbe- und Wesermündung, an der holländischen, belgischen und skandinavischen Küste. Der Arbeiter der neuen Auflage ist mit der reichen Materie gründlich vertraut. Besonders wertvoll ist überall auf die Mitteilung der Verkehrsverhältnisse, des gesellschaftlichen Lebens, der Unterkunftsfrage und der Preise gelegt, sodas der Wand nicht nur während des Aufenthaltes an der See, sondern auch für die Wahl eines passenden Nordseebades und für die Vorbereitungen unentbehrlich ist. Was das Büchlein neben seinen unmittelbaren praktischen Zwecken für jeden Besucher der Nordseebäder so besonders wertvoll macht, ist die kurze populäre Einführung in die Naturgeschichte des Meeres und in die Kenntnis der Seezeichen, Flaggen und der Flaggensprache. Tausend Fragen kann sich hier die secuntdündige Landratte selbst beantworten, ohne anderen durch Fragen lästig zu fallen. Acht vorzügliche Karten und Pläne (neu: Nordberney und Landenberge) erhöhen den Wert des Führers sehr wesentlich.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Ludwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: E. H. Sch w a r z. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



Statt besonderer Meldung.

Heute früh entschlief sanft nach langer schwerer Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin

Minna Richter

geb. Pattosien,

im 61. Lebensjahre. Tief betrauert und schmerzlich vermisst von den Übrigen.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Heinrich Richter.

Lübeck, den 8. Juni 1912.

Weim Tannenhof 13. (847)

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 6. d. M., 12³⁰ Uhr, in der Kapelle des Allgemeinen Gottesackers statt.

Ein möbliertes Zimmer

zu vermieten. (829)
Georg Frank, Kerkeringstr. 22.

Freundl. Wohnung an einz. Leute zum 1. Juli zu verm. 130 Mk. (845)
Hundestraße 87, I.

Zum 1. Juli Zwei-Stuben-Wohnung, 200 Mk. (843)
Bei St. Johannis 22, I.

Zum 1. Juli 1. St., Stb., zu verm. **40 Rottwitzstraße 40**
2 Zimmer u. Zubehör, 150 Mk. (869)
Näheres daselbst Hinterhaus.

Tüchtiges Mädchen gesucht.

Hotel Kronprinz, Schwartau. (850)

Gesucht eine Frau zum Einrühen Sonntags nachmittags 854) Schönkampstr. 3 b, II., links.

Wünsche Hausstandswäsche zu übernehmen, St. 7 Wg. (841)
Frau Wehrendt, St. Annenstr. 14, 9.

Gesucht Wasch- und Reimachestellen. Näheres (848)
Vorbeckstraße 16 a, I.

Kleines Haus mit Hof oder Garten vom Burgtor zu kaufen gesucht. (840)
Off. u. F W an die Exp. d. Bl.

Billig eine Gartenbude und Laube mit 2 Pflanzbeeten zu verkaufen. (849)
Näh. Untertrave 1.

Ein Schlosskorb

billig zu verkaufen (839)
Ludwialstraße 49, I.

Gahn (Italiener), 1 Jahr alt, sowie Terrarium, passend als Aquarium, zu verkaufen (835)
La. Lobberg 20, II.

Prima Sauerfleisch

Stück 20 Pfg. empfiehlt (836)
E. Helm, Fleischhauerstraße 54.

Beerdigungsinstitut Gehr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Übernahme ganzer Beerdigungen.

Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit“

Zusammengestellt von

Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt“)-Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hansische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die Lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote“. Johannisstr. 46.

Rasier- u. Friseur-Salon

Aufmerksame u. saubere Bedienung.
G.Koch, Friseur, Mühlenstr. 14. (853)

Patentbettstellen, Matratzen

werden billig angefertigt.
2 Fahrräder mit Freilauf und Rücktritt billig zu (834) verkaufen.

Schröder, Katharinenstraße 23a.

Georg Raabe, Schuhmacher,

842) Glognitzstraße 24.
Herr.-Sohlen 2.00 Mk. an, Absatz 75 g
Dam.-Sohlen 1.40 Mk. an, 50 g
Kinder-Sohlen und -Absätze 1 Mk. an.

Abreisenden aufbewahrt u. nach-

gesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Expeditionsgeschäft Fischergg. 52. (180)

750 Zentner Speisekartoffeln

vorzüglich feind, 10 Pfd. 40 und 50 Pfg., französische Eierkartoffeln 10 Pfd. 60 Pfg., zentnerweise billiger. Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer, Restaurateure, Pensionate und für jeden Haushalt. (833)

Hermann Block,
Fernruf 1287, Moislinger Allee 14.

Weine, Spirituosen u. Liköre

in jeder Preislage (179) empfiehlt

J.H. Stooß, Engelsgrube.

Verband deutscher

Gastwirtsgehilfen.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, 5. Juni

abends 8^{1/2} Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.

2. Mitteilung des Vorstandes.

a. Die Beamtenfrage. b. Kündigung des Tarifs.

3. Wahl der Anstellungskommission.

4. Unser Stiftungsfest.

5. Verschiedenes.

Mitglieder, erscheint vollständig. (837)

Der Vorstand.

Achtung!

Bauarbeiter-Verbd.

Die Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 5. Juni d. J., findet nicht statt. (844)

Die Zweigvereinsleitung.

NORDWEST-FLUG

2. JUNI 1912



Nordwest-Flug.

Vorläufige Anzeige.
Donnerstag, 6. Juni (eventuell Freitag)

Zwischenlandung.

Schauflüge. :: ::

Militär-Konzert. ::

Landungsplatz an der Israelsdorfer Allee.

Lübecker Verein für Luftfahrt. (844)

Telefon 9076.

Sarrasani

Dienstag, den 4. Juni, abends 7^{1/2} Uhr:

Parforce-Vorstellung.

Mittwoch, den 5. Juni, Donnerstag, den 6. Juni

Je **2** große Vorstellungen **3** Uhr **7^{1/2}** Uhr

Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.

Circuskasse geöffnet ab 10 Uhr vormittags.
Für Abendvorstellungen auch im Zigarrengeschäft Röhrich, Holstenstraße 2, Billetvorverkauf. (846)

Verband d. Maler.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, 5. Juni

abends 8^{1/2} Uhr

Tages-Ordnung:

1. Einführung des Leistungstarifs.

2. Kartellbericht.

3. Verschiedenes. (838)

Der Vorstand.

Kalnbergs

Variété und Kabarett.

Gastspiel des Variété-Ensemble

Wien-Berlin. (832)

Beginn 8^{1/2} Uhr. Entree 20 Pfg.



Kurzes Gastspiel des Intimen Theaters aus Hamburg.

Ramsenit, ägyptische Operette. In Hamburg 60 mal vor ausverkauft. Heute gespielt.

Der Herr mit der grünen Krawatte. Eisenbahnroste in 1 Akt.

„Stellbichlein“ Niedermeierduett. (851)

Gretel Mayhof die hübsche Bräutlingin u. die übrigen Attraktionen.

Dezentes Familienprog. Anf. pünktl. 1/2 9, Ende 11^{1/2}. Gewöhnliche Preise.

Krieg dem Kriege!

So lautet der Kampfruf, den die berühmte Romanschriftstellerin und Vorkämpferin des Friedensgedankens Bertha von Suttner nachvoll ertönen läßt. Ihr Buch:

Die Waffen nieder!

zugleich ein fesselnder, umfangreicher Lebensroman voll atemloser Spannung, wirkte auf die ganze zivilisierte Welt, wie selten ein Schriftwerk; es wurde binnen kurzem in Hunderttausenden von Exemplaren verschlungen und mit Recht kürzlich als Kulturtat ersten Ranges durch den Nobelpreis des Friedens ausgezeichnet. — Noch nie sind so schwingungslos

die Verbrechen des Militarismus an den Pranger

gestellt, noch nie so packend und naturgetreu die Opfer und Verheerungen moderner Kriegsführung geschildert, noch nirgends in so grandiosem Stil so kraß und realistisch die einzelnen Phasen der Schlacht, die entsetzlichen Folgen des „Krieges“ genannten Massenmords für die Menschheitskultur, Gemütsverrohung, Familienelend, Seuchen und Steigium, fruchtloser Ruin ganzer Generationen etc. hingemalt worden, wie in diesem Buch einer Frau, die darin dem tiefsten Empfinden von Millionen Ansbruch gab und die auch in den Herzen von Millionen begeisterten Widerhall findet.

Enorme Preisermäßigung!

Durch einen großen Abschluß sind wir in der Lage, das berühmte Werk, dessen zweibändige, nur etwas besser angelegte Ausgabe noch heute Mk. 6.— resp. Mk. 8.— kostet, für nur

60 Pfg. broschiert, in Leinen gebunden Mk. 1.— anzubieten.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Ein Kulturdokument.

Der Oberstaatsanwalt in Berlin hat die von den Genossen Vorchardt und Leinert gegen den Polizeileutnant Kolb und vier Schutzeleute erlassene Anzeige zur Klage wie folgt. Der Bescheid lautet:

Der Erste Staatsanwalt
beim Kgl. Landgericht 1 Berlin.
Journ.-Nr. 16, i. 514/12.

Berlin NW. 52, den 30. Mai 1912.
Turmstraße 89.

Der am 23. Mai bei mir eingegangenen Anzeige vom 21. Mai 1912 gegen den Polizeileutnant Kolb und die Schutzeleute Wötcher, Rothenberg, Knauf und Kramp wegen Verbrechens im Sinne der §§ 105 und 106 des Strafgesetzbuches gebe ich keine Folge.

Sie hatten den Tatbestand dieser Straftaten deshalb für erfüllt, weil nach Ihrer Auffassung die Bestimmungen des § 64, Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung, die dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses unter Umständen die Befugnis der Ausschließung eines Abgeordneten für den Rest der Sitzung und der Verhinderung seines Wiedereintritts geben, im Widerspruch mit den Befehlen stünden und deshalb unverbindlich seien.

Wie Sie schon aus dem von mir gegen Sie wegen Hausfriedensbruchs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt und gegen den Abg. Herrn Leinert wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt eingeleiteten Ermittlungsverfahren zu entnehmen in der Lage sind, und noch näher zu begründen ist, vermag ich Ihre Auffassung nicht zu teilen, weil sie unzutreffend ist.

Nach Artikel 78 der Verfassungsurkunde für den preussischen Staat regeln die Kammern ihren Geschäftsgang und ihre Disziplin durch eine Geschäftsordnung. Da weder an dieser noch an anderer Stelle der Verfassungsurkunde sich eine Bestimmung befindet, durch die den Kammern bei der Schaffung der Geschäftsordnung hinsichtlich des Umfangs der Disziplinalgewalt oder der zur Aufrechterhaltung der Disziplin erforderlichen Mittel Zwang auferlegt wird, ergibt sich, daß die Feststellung der Normen, nach denen der Gang der Geschäfte und die Disziplin in der Kammer gehandhabt werden soll, dem Ermessen jeder der beiden Kammern überlassen sein soll. Sie sind hierin autonom. Diese Autonomie findet ihre Grenzen lediglich in der Verfassung selbst, mit deren Bestimmungen sich die Geschäftsordnung nicht in Widerspruch setzen darf, falls sie bindende Kraft haben soll.

Ein solcher Widerspruch ist nicht vorhanden.

Als eine Bestimmung, die verletzt sein könnte, käme Art. 84 der Verfassungsurkunde in Betracht, der den Abgeordneten Unverletzlichkeit wegen der von ihnen in der Kammer ausgesprochenen Meinungen gewährt. Diese unbeschränkte Redefreiheit verbürgende Schutzbestimmung ist dem Sinne nach in dem § 11 des Strafgesetzbuches übernommen. Dieser Schutz bezieht indessen nur die Unzulässigkeit der Verfolgung außerhalb des Hauses in sich. Dagegen können nach Art. 84 der Verfassungsurkunde Abgeordnete innerhalb der Kammer sehr wohl zur Rechenschaft gezogen werden; denn dieser Artikel steht unter Hinweis auf Art. 78 a. a. O. ausdrücklich eine Verantwortlichkeit des Abgeordneten auf Grundlage der Geschäftsordnung vor. Ein auf Grund dieser in gehöriger Weise zustande gekommenen Geschäftsordnung verhängtes, in ihr vorgesehenes Disziplinar-

mittel enthält mithin keinen unzulässigen Eingriff in die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Abgeordneten.

Der Umstand, daß die Anordnung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses eine gesetzwidrige Maßnahme nicht darstellt, ergibt zugleich die Rechtmäßigkeit der Amtshandlungen der mit der Durchführung der prinzipialen Maßregel beauftragten Polizeibeamten. Oberster Grundsatz des Strafrechts ist es, daß nur die Verletzung eines Rechtsgutes Strafbarkeit begründet, die Schuld hat und rechtswidrig ist. Diese Voraussetzung muß erfüllt sein, auch wenn das Merkmal der Rechtswidrigkeit nicht ausdrücklich in den Tatbestand einer als Verbrechen oder Vergehen gekennzeichneten strafbaren Handlung aufgenommen ist. Diese Voraussetzung liegt auf Seiten der Polizeibeamten nicht vor. Hinsichtlich der Schutzeleute ist sie schon deshalb nicht gegeben, weil diese lediglich der Befehl des ihnen vorgelegten Polizeileutnants Kolb ausgeführt haben, der bei Erteilung des Befehls innerhalb seiner Zuständigkeit gehandelt hat und insofern die Verantwortung trägt. Aber auch der Polizeileutnant Kolb hat nicht rechtswidrig gehandelt. Er hat lediglich eine Entscheidung des Herrn Präsidenten des Abgeordnetenhauses vollzogen, die dieser im Rahmen seiner Zuständigkeit, auf Grund der beschlossenen, mit Befehlen nicht im Widerspruch stehenden Geschäftsordnung getroffen hatte.

Die gegen die Person des Herrn Leinert gerichteten Handlungen des Polizeibeamten erfüllen deshalb nicht den Tatbestand der oben angezogenen Paragraphen, weil sie gar nicht bezweckten, Herrn Leinert aus der Versammlung zu entfernen, oder ihn sonst an der Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte als Abgeordneter zu hindern, sondern allein dazu dienten, das den Beamten bei ihrer rechtmäßigen Amtsausübung in der Person des Herrn Leinert entgegenstehende Hindernis zu beseitigen und den Weg dazu freizumachen.

gez. Preuß.
Oberstaatsanwalt.

An den Schriftsteller
Herrn Julian Vorchardt,
Mitglied des Hauses der Abgeordneten.
Berlin-Lichterfelde.

Diese Entscheidung der Anklagebehörde muß allgemeines Kopfschütteln erregen, läuft sie doch im Grunde darauf hinaus, daß die Immunität der Abgeordneten durch eine einfache Bestimmung der Geschäftsordnung des Parlaments aufgehoben werden kann. Die Auffassung widerspricht nicht nur dem Wesen der Immunität, sondern auch den ausdrücklichen Vorschriften der Verfassung und der Reichsgesetze. Auf den springenden Punkt der Anklage ist der Oberstaatsanwalt auch nicht mit einem Worte eingegangen; es handelt sich darum, wie der Hausknechtsparagraf mit den §§ 105 und 106 des Reichsstrafgesetzbuches vereinbar ist. Es ist ein unbestrittener Rechtsgrundsatz, daß kein Landesgesetz und keine Geschäftsordnung eines Parlaments im Widerspruch zu einem Reichsgesetz stehen darf. Deshalb ist der Hausknechtsparagraf rechtlich unhaltbar.

Selbstverständlich werden unsere Genossen gegen den Bescheid des Oberstaatsanwalts Beschwerde einlegen und schließlich das Kammergericht anrufen. Wie die Entscheidung auch schließlich ausfallen wird — unsere Genossen werden nicht mundtot gemacht werden.

Mißhandlung von Ausländern in der Schweiz.

Aus Zürich wird geschrieben:

Immer mehr häufen sich in der „freien“ Schweiz die Fälle, in denen ausländische Arbeiter bei Streiks von Polizisten wider Recht und Gesetz verhaftet und des Landes verwiesen werden. In demselben Lande, das sich als demokratischste Land der Welt nennen läßt, das tatsächlich eine große Reihe politischer Freiheiten aufweist und namentlich an preussischen Zuständen gemessen wirklich ein freies Land ist, in diesem Lande darf man Offiziere und Bundesräte, Polizeipräsidenten und andere hochgestellte Bürokraten usw. nach Herzenslust beim richtigen Namen nennen, aber man darf nicht streiken und keinen Streikbrecher schießen! Welt mehr als in irgend einem monarchischen Staatswesen sind in den letzten Jahren bei größeren Streiks sofort die Soldaten aufgebieten, die Streikposten verhaftet und mißhandelt, die ausländischen Mitstreikenden ausgewiesen und Hunderte braver Arbeiter und Familienväter von der Unternehmerrückzugstruppe ins Unglück gestoßen worden!

In den letzten paar Monaten ist es damit derart schlimm geworden, daß der Sozialdemokratische Verein „Eintracht“ in Zürich, der über 1400 Mitglieder zählt und die eigentliche Organisation der sozialistischen Ausländer bildet, beschlossen hat, gegen diesen Skandal die weitestgehende Öffentlichkeit im In- und Auslande mobil zu machen und auch die Parlamente außerhalb der Schweiz für diese Beschwerden zu interessieren. Arbeiter, die nichts weiter verbrochen haben, als sich mit ihren streikenden Brüdern solidarisch zu erklären, für bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu kämpfen, werden beim geleglich erlaubten Streikpostenstreifen verhaftet, vielfach mißhandelt und kurzerhand, ohne daß sich die Betroffenen verteidigen könnten, ausgewiesen! Man nimmt ihnen obenrein auf den Polizeimachen ihr Geld ab, mindestens 15 Franken pro Person, und überläßt sie ihrem Schicksal. Dabei geht die Polizei derart rigoros vor, daß sie auch diejenigen nicht schont, die in der Schweiz geboren sind, aber infolge der „Landesfremdheit“ ihrer Eltern „Ausländer“ sind. Umgekehrt genießen die Streikbrecher einen geradezu preussischen Schutz durch die Behörden. Einer, der kürzlich aus dem Hinterhalte einen streikenden Maler totgeschossen und andere ebenfalls mit dem Revolver bedroht hatte, wurde ostentativ in Schutz genommen, weil er ein Christlicher war; erst als sein Opfer starb, verhaftete man den Kowboy, aber nur auf kurze Zeit, und jetzt darf er weiter wie alle seine christlichen Mitstreikbrecher frei mit dem Revolver herumlaufen und lustig die Streikenden weiter bedrohen! Haben doch inzwischen die gelamten christlichen Gewerkschaften ihm eine Donation dargebracht und seine Tat als eine Notwendigkeit hingestellt!

Unkluglich eines Werkstabenstreiks der Schlosser in Zürich trieb die Polizei den Schutz der Streikbrecher derart auf die Spitze, daß sie mir nichts dir nichts ein paar Straßen abspernte und blindlings die vorübergehenden Arbeiter verhaftete! Binnen wenigen Minuten waren 17 Arbeiter, die nichts mit dem Streik zu tun hatten und nur auf dem Wege zum Abendessen an dem Haufen Polizisten vorbeigekommen waren, auf die Wache gebracht und ihres Geldes beraubt! Einige von ihnen, die gegen

Gleich und gleich.

Eine Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

(11. Fortsetzung.)

Der Jude stand da wie einer, der seine Ungeduld kaum zügeln kann. „Gott der Gerechte“, rief er, „so was soll man anheben im neunzehnten Jahrhundert!“ — Und indem sein Gesicht einen Ausdruck von tiefem Unmut erhielt, setzte er hinzu: „Ich hätte gute Lust, augenblicklich wieder fortzugehen!“

„Nu, nu“, versetzte der Bauer, „werdet nur nicht böse, Schlome!“

„Ich bin böse“, rief der Jude, „ganz ernstlich böse! — Wenn man sich Mühe gibt und gibt nicht nach und bringt zwei Leute zusammen, die unser Herrgott füreinander geschaffen hat, und man kommt einem da mit solchen Papen! — Schöne Mädchen gern sehen! Ich seh' auch schöne Mädchen gern! Wir alle sehen schöne Mädchen gern! — Gut, gut, gut! Ich weiß, was Ihr sagen wollt! — Aber, Jungfer Sophie, lassen Sie mich aufrichtig reden! Wenn Sie einen Mann wollen, der noch keine andere gern gesehen und am Ende gar noch keiner anderen gefallen hat, dann lassen Sie sich einen schnitzeln — ich kann Ihnen keinen liefern!“

Mit diesen Worten drehte er sich unwillig um und ging, einem Beleidigten ähnlich, durch die Stube.

„Schlome“, begann der Rothenbauer, „was geschah denn, das ist geschah! Aber — weil wir nun grad dabei sind — die Sophie hat Furcht vor dem, was geschah könnte!“

Der Jude blieb stehen. „Wirklich?“ rief er. „Nun, ich hätte nicht geglaubt, daß die Sophie so bescheiden wäre! — Wenn ich die Sophie wäre, die Tochter vom Rothenbauer, und ich hätte den Schorsch Hechtischer zum Mann, ich tät' mir getrauen, ihn zu behalten für mich! Der tät' mein Geben — und er sollte sich in der ganzen Welt nichts Besseres wünschen!“

„Das sag' ich auch!“ rief der Alte.

Der Jude zuckte die Achseln und fuhr fort: „Man sieht wohl, daß ihr reiche Leute seid und keine Sorgen habt, darum kommt ihr auf solche Späß! — Nun, Jungfer Sophie, begann er nach momentanem Schweigen, „ich will Ihnen was erzählen! Wie heut' die Wellerbäuerin zu mir besagte hat: Geh, Schlome, und wenn du mir heut' wieder mit einer Verlobung kommst, dann hat's ein Ende! — Da ist mir der Schorsch nachgelaufen in den Hof und hat ge-

sagt: Herr Löw! — Herr Löw, hat er gesagt, machen Sie die Sache gut heut', ich bitt' Sie! Ich muß heiraten und will heiraten, und ich kann's nicht erwarten, bis die Sophie meine Frau wird! Geben Sie sich Mühe, ich weiß, Sie meinen's gut mit mir und Sie können was durchsetzen — ich werd' Ihnen dafür danken, solange ich leb'! — Soll ich nicht gesund wegkommen von der Stell', gebettet hat er an mir, der stolze Burck und hat ein Gesicht gemacht, als ob's uns Leben ginge, und ein Bittern hab' ich bemerkt an seinem Leib! Nun, hab' ich zu mir gesagt, der ist verliebt! Der fürchtet, die Sache geht wieder zurück, und verabschiedet auf den Tod! — Und ich muß Ihnen sagen, Jungfer Sophie, wen so eine Dieb' nicht rührt, der hat kein Herz!“

Der Rothenbauer war ganz ernsthaft geworden. „Ja, ja“, sagte er, „ich hab's ja auch gesehen, wie's ihm zumut ist!“

Das Mädchen hielt ihr Auge forschend auf den Juden gerichtet. Dieser bemerkte es. „Glauben Sie's etwa nicht?“ rief er mit dem Ausdruck eines Bekräftigten.

„Ich glaub's“, entgegnete Sophie.

„So machen wir der Sache ein Ende!“ rief der Jude. — Und zu dem Alten gewendet fuhr er fort! „Ich hab' euch gesagt, Rothenbauer, was die Wellerbäuerin gibt an Heiratsgut, an Ausstaffierung und an Vieh. Sie gibt auch noch den schönen dreijährigen Braunen, der euch so gut gefallen hat — sie tut, was sie kann, und läßt sich bei Gott was kosten um der neuen Verwandtschaft! — Dafür gebt Ihr den Hof ab, wie wir's miteinander ausgemacht haben — nu ja, ausgemacht haben wir's eigentlich nicht, Ihr habt noch nicht eingewilligt; aber Ihr müßt's tun, es geht nicht anders! Und dann zieht Ihr davon als Heiratsgut für die Tochter so viel ab, wie die Wellerbäuerin mitgibt ihrem Schorsch!“

„Das heißt“, warf hier das Mädchen ein, „mein Vater gibt uns den Hof über halb geschenkt und zieht dann nochmal die Hälfte davon ab!“

„Nun ja“, versetzte der Jude mit einem Blick der Überlegenheit. „Was macht's Ihnen, wenn er's tut? Haben Sie Ursache zu protestieren? Ist's ein so großes Unglück, wenn man anfängt zu hausen ohne Schulden?“

„Das nicht“, erwiderte Sophie. „Für mich nicht, — und noch weniger für den Schorsch!“

Schlome betrachtete sie mit einem Ausdruck von Befremden und Strenge. „Jungfer Sophie“, entgegnete er,

„nehmen Sie mir's nicht übel, Sie fangen an mir sehr kurios vorzukommen; Was gut ist für die Frau, das ist gut für den Mann — gut für alle beide; Sie machen wirklich Umstände, daß man's kaum mehr aushalten kann. Ob's der Rothenbauer Ihnen jetzt gibt oder später, ist ganz einerlei — Sie kriegen ja doch alles! Aber es schickt sich nicht, daß man das einzige Kind mit Schulden anfangen läßt bei solchem Reichtum! Wir wissen ja, was ihm noch bleibt — wollte Gott, ich hätte's! Der Vater kann's tun, Sophie, und er muß es tun, denn sonst kommt er ins Geerd' und verliert seinen Ruhm bei den Leuten!“

„Nun ja“, rief der Rothenbauer, „ich bin im Grunde nicht dagegen! — Ein paar tausend Gulden mehr oder weniger — das soll die Sache nicht mehr aufhalten.“

Schlome sah ihn mit feierlichem Beifall an. „Rothenbauer“, rief er, „da habt Ihr einen Spruch getan! — Gut! Wir sind also einig? — Nun, dann halten wir morgen den Heiratstag! — Wird das eine Freud' sein, wenn ich den Leuten die Nachricht bring'!“

Sophie hatte sinnend dagestanden. „Morgen, Schlome“, sagte sie, „das geht nicht.“

„Warum nicht?“ rief Schlome. „Weil — es kommt mir zu schnell!“

Der Jude zuckte und sein Gesicht erhielt den Dollganz der Entrüstung.

„Was!“ schrie er. „Nachdem ich volle drei Monate hin und her gelaufen bin und vertröstet und hingehalten worden bin? — Jetzt reißt mir aber doch die Geduld!“

— Er wendete sich und drehte sich zweimal im Kreise herum.

Sophie, unbekümmert um die Drohung in Wort und Aktion, versetzte mit ruhiger Entschiedenheit: „Ich hab' nachgegeben in der Hauptsache — und nun will ich auch meinen Kopf haben! Heut' über vierzehn Tag' — es ist ein Dienstag und hat eine gute Bedeutung! — da soll die Verlobung sein. — Anders tu' ich's nicht — und mein Vater wird mich nicht zwingen wollen!“

Der Jude schien zu überlegen. Er nahm die Miene der Ergebung an und rief: „Großer Gott, was müssen wir uns gefallen lassen von den Weibern! Aber so sind sie! So sind sie alle miteinander! — So wahr ich Schlome heiß', der Schorsch dauert mich! Der hat eine Freundin! Wer in der Haushaltung die Hosen anhaben wird, das kann man erraten ohne Kopfschmerzen!“ Er sah den Alten an. „Nun Rothenbauer?“

„Zwei Wochen“, versetzte dieser, „sind keine Ewigkeit. — Lassen wir ihr den Eigensinn!“

Gewerkschaftsbewegung.

Unliebame Vorkommnisse. Auf dem Verbandstag der Freireuegehilfen, der dieser Tage seine Verhandlungen beendete, wurden bei der Wahl des 1. Vorsitzenden für Ge- nossen Etkorn, der bisher dieses Amt inne hatte, 8 Stimmen abgegeben, während 9 weiße Fettel waren. Auf Grund dieses Stimmenverhältnisses erklärte Etkorn, daß er das Amt nicht annehme. Die übrigen gewählten Vorstandsmitglieder nahmen die Wahl nur unter Vorbehalt an. Nach längerer Debatte, in der mit Recht darauf hingewiesen wurde, daß mehrere Klagen über die Tätigkeit Etkorns die Delegierten doch nicht berechtigte, ein derartiges Mißtrauensvotum auszusprechen, wurde nach erfolgter Anstellung eines zweiten Vorsitzenden Etkorn mit 14 gegen 2 (weiße) Stimmen gewählt. Hierauf nahm er die Wahl an. — Dem Verbandstag der Staats- und Gemeindefreie, der gegenwärtig in München tagt, liegt ein Antrag des Vorstands an die Ausschüsse vor, an Stelle des bisherigen Verbandsvorsitzenden Moß Wülfing-Verlin zu wählen. Schon auf dem letzten Verbandstage ereigneten sich bei der Vorstandswahl unliebbare Zwischenfälle, die sich diesmal wiederholen dürften. Wir wollen und können uns natürlich nicht in die internen Angelegenheiten einer Gewerkschaft einmischen. Im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung aber liegt es, daß solche Vorkommnisse unterbleiben; sie liefern den Gegnern willkommenen Stoff gegen die Arbeiterbewegung.

Zur Aussperrung der Hannoverischen Metallarbeiter. Auf die öffentliche Erklärung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, daß die Bekanntmachung der Metallindustriellen die Öffentlichkeit nicht richtig informiert habe, verfielen die Unternehmer in der bürgerlichen Presse jetzt den Anschein zu erwecken, als wenn sie von vornherein den Arbeitern 57 Stunden und 3/2 Prozent Lohnhöhung geboten hätten und daß die Arbeiter von der Verbandsleitung gezwungen worden wären, das Angebot abzulehnen. Das trifft nicht zu. Die Unternehmer lehnten zuerst jede Verhandlung über die Forderungen der Arbeiter ab und machten ihr Angebot erst, nachdem die Arbeiter in einzelnen Betrieben wegen Ablehnung jeder Bewilligung eines Teiles ihrer Forderungen in den Streik eintreten mußten. Bevor sie die Arbeit niederlegten, boten sie ihren Firmen an, mit einer halben Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Tag und 3 Pfg. Lohnzulage pro Stunde zufrieden sein zu wollen. Nach Eintritt des Streiks verlangten die Unternehmer, daß die Arbeiter mit einer Verkürzung der Arbeitszeit des Sonnabends jeder Woche, womit 57 Stunden Arbeitszeit pro Woche erreicht werden sollten, und mit 3/2 Proz. Erhöhung der Stundenlöhne, womit nicht die geringste Lohnhöhung eintrat, einverstanden sein sollten und lehnten jede Verhandlung über den sehr entgegenkommenden Arbeitervorschlag ab. Wären die Unternehmer auf die Verhandlung des Vorschlages der Arbeiter eingegangen, dann hätten sie in allen Betrieben Streik und Aussperrung vermieden, wie es bei der Maschinenfabrik Max Müller in Hannover-Heinholz möglich gewesen ist. Die Firma ist wegen der mit ihren Arbeitern und von dem Metallarbeiter-Verband ermöglichten Verständigung vom Metallindustriellen-Verein in Hannover ausgeschlossen worden. Das zeigt, wo terrorisiert wird. Im Metallarbeiter-Verband nicht. Man verzichtet jetzt endlich darauf, der Öffentlichkeit zu erzählen, daß die Arbeiter auf bedingungsloser Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 54 Stunden und Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pfg. bestehen. Es glaubt eben trotz aller Erklärungen kein Mensch mehr. Die Metallindustriellen sind schuldig und müssen sich schuldig fühlen. Trotz aller Hartnäckigkeit der Hannoverischen Metallindustriellen sind die Metallarbeiter in Hannover guten Muts und zu jeder Zeit zur Verständigung bereit, die von der Geschäftswelt und der bürgerlichen Presse in Hannover so sehr gewünscht wird. Die Metallindustriellen lehnen bisher noch jede Verhandlung über die Arbeitervorschläge ab, womit die Verständigung unmöglich gemacht wird. Daß die Metallarbeiter nicht zu Kreuze kriechen wollen, wurde am Freitag, dem 31. Mai, in der großen Hannoverischen Maschinenfabrik (Lokomotiv-Fabrik) in Linden illustriert, wie die selbstgekündigten Arbeiter nach abgelauter Kündigungszeit die Arbeit einstellten. Sie ließen sich mit keinen Versicherungen der Betriebsbeamten und der Firma von der Ausübung der Solidarität abhalten. Ein kleiner Rest folgt in den nächsten Tagen. Der Firma ist die selbstverschuldete Situation sehr unangenehm. In Hannover können die Metallindustriellen ihre Gewaltmittel nicht stärker anwenden. Sie sind am Ende ihres Lateins. „Samiel hilf!“ ertönte es schon vorher nach Magdeburg und Halle a. S. Die Metallarbeiter warten ab, ob die Metallindustriellen eine Verständigung zulassen werden.

diese Niedertracht protestierten, wurden berbe geknufft und gestochen und sofort des Landes verwiesen!!! Dieser Fall liegt nun derart schlimm, daß der obengenannte Verein beschloffen hat, ihn entgegen der bisherigen Gepflogenheit in einem Monsterverfahren vor die Gerichte zu bringen und den sämtlichen Verhafteten die nötigen Mittel, Verteidiger usw. zur Verfügung zu stellen, um endlich einmal der weitesten Öffentlichkeit die „Freiheit“ der Schweiz und die innige Verbindung der Polizei mit dem Kapital zu illustrieren. Der Verein ist auch der Meinung, daß das Vorgehen der Polizei gegen die Arbeiterverfassungsverträge verstoßt und eine entsprechende Intervention in den in Frage kommenden Parlamenten rechtfertigt. Er wird die Akten des bevorstehenden großen Prozesses sammeln und den soz. Fraktionen der ausländischen Parlamente zufenden, damit sie eventl. das Weitere veranlassen können. In der Schweiz selbst ist an einen genügenden Schutz der ausländischen Steuerzahler nicht zu denken, und wenn es auch tief beschämend ist, daß man sich von hier aus hilfesuchend an das Ausland, d. h. an die Heimat der mißhandelten Arbeiter wenden muß, so ist es doch unbedingt notwendig. Wohl hat die Schweiz, Parteipresse sich scharf gegen das Vorgehen der Polizei ausgesprochen — aber dabei bleibt es auch. Ist doch z. B. der Polizeipräsident von Zürich selbst Mitglied der Partei (Grünländer) und sobald man ihm Vorwürfe macht, weil er die Wünsche der Unternehmer gar zu bereitwillig erfüllt, so antwortet er, daß er das nur tue, weil sonst — die Regierung sich ins Mittel lege und das Militär ausbiete!!! Und dann sei es mit dem Streikrecht überhaupt vorbei, wie es ja tatsächlich der Maurerstreik im vorigen Jahre bewiesen hat. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Winterthur, Basel und anderen Orten, wo ebenfalls Sozialdemokraten in der Exekutive sitzen und niemals das brutale Unterdrücken des den Arbeitern gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes verhindern können. Es ist halt falsch, zu sagen: auch in der Demokratie wird die Polizei immer mehr ein Werkzeug des Kapitalismus, es muß richtig heißen: er ist recht in der Demokratie ist das der Fall! Und gerade in der demokratischen Schweiz haben sich die Klassengegenstände in letzter Zeit derart zuspitzen, daß auch hier das Marxsche Wort aus dem „18. Brumaire“ zutrifft, wonach die kleinen Nachkommen der großen Sansculotten ihren Wahlpruch: „Liberte, Egalite, Fraternite“ seit langem erfüllt haben durch die Lösung: „Infanterie, Kavallerie, Artillerie“.

Schlimm, sehr schlimm ist daneben die bedauerliche Tatsache, daß die Mehrzahl der in der Schweiz lebenden Arbeiter das noch immer nicht begreifen! Von den über 320 000 in der Fabrikindustrie beschäftigten Arbeitern sind erst 70 000 organisiert! Die Unternehmer und ihre Hintermänner begreifen viel schneller, wie sehr sie sich nützen, wenn sie die Bestrebungen der Arbeiter nach Aufklärung und Widerstand gegen die Ausbeutung mit Gewalt zu unterdrücken trachten. Wenn das doch auch die Arbeiter begreifen möchten!

Aus der Partei.

An die Bildungsausschüsse! In diesen Tagen ist das Winterprogramm 1912-13 des Zentral-Bildungsausschusses zur Beratung gelangt. In alle Bildungsausschüsse und sonstige Interessenten, die bei uns gemeldet sind, ist das Winterprogramm geschickt worden. Da Adressenänderungen nicht immer bei uns gemeldet werden, ist es möglich, daß die Drucksache nicht in allen Fällen an die gegenwärtigen Vorsitzenden der örtlichen Ausschüsse gelangt ist. Wir bitten in solchen Fällen um Mitteilung. Das Winterprogramm wird unentgeltlich an die Organisation und an Freunde der Arbeiterbildung geschickt. Wir ersuchen die Bildungsausschüsse, die ihnen zugegangenen Fragebogen über die örtliche Bildungsarbeit bis spätestens am 15. Juni an uns zurückzuschicken. In Orten, in denen noch kein Bildungsausschuß besteht, ist der Fragebogen von den mit der Pflege der Bildungsarbeit beauftragten Organisationen oder Genossen auszufüllen. Der Zentralbildungsausschuß i. A. Heinrich Schulz, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Schlome nickte mehrmals mit großem Ernst. „Gut!“ sagte er. „Dann legen wir aber den Kontrakt auf, wie's jetzt ausgemacht ist! Ihr verpflichtet das?“
 „Ich verspreche's“, erwiderte der Bauer.
 „Und ich beschleunige“, setzte die Tochter hinzu.
 „Und unterdes“, fuhr der Jude fort, „darf ich reden von der Sach' und darf sagen, daß die Familien einig geworden sind?“
 „Von mir aus“, entgegnete das Mädchen, — „wem ihr wollt!“
 „Gott sei's gedankt!“ rief Schlome feierlich. — „Aber jetzt“, fuhr er sich aufhetzend fort, „legen wir uns doch! — Sie haben mich müd' gemacht, Sophie. — Gehen Sie! — Sie sind die Stolzeste und die Hartherzigste hier im ganzen Ries!“
 Das Mädchen zuckte die Achseln. Dann sagte sie: „Kann ich etwas aufwarten, Schlome? Ich hab' was Gurk's!“
 „Ich nehm's an!“ rief nun der Jude. „Weiß Gott, von dem Laufen und dem Reden bin ich schon halb verdurstet!“
 Er setzte sich an den Tisch nieder; das Mädchen ging hinaus.
 Der Rothenbauer sah den Unterhändler, der sich mit seinem Schnupftuche den Schweiß von der Stirn wischte, heiter an. „Der Kuppelbela“, bemerkte er, „wird alles gut machen!“ — „Was die Weilerbäuerin gibt, das geht mich nichts an — (der Jude zuckte die Achsel, als ob er sagen wollte: es wird nicht viel werden!) aber was ich geb', das weiß ich. — Ihr habt was verdient, Schlome!“
 „Ob ich was verdient hab'!“ rief der Jude. „Ihr mögt mir geben, was ihr wollt. Rothenbauer, Ihr könnt mir's nicht vergeten, was ich getan hab'! Aber ich verlang's auch nicht! Ich begnüg' mich mit der Ehr' und mit dem Glück, was ich gekriegt hab'!“
 Als der Schlome nach einer Stunde dem anderen Worte zuwanderte, sagte er sich: „Was das für harte Köpfe sind, diese Bauernköpfe! 's ist weiß Gott leichter, ein paar Ocksen einzugewöhnen, als diese Leut' zur Reue zu bringen! — Ist das ein Besinnen und ein Gein, daß man fast keinen Schritt vorwärts kommt! — Noch vierzehn Tag'; — na, sie werden vorübergehn, und dann werd' ich Ruh haben, bis ich mir wieder eine neue Blag' anstalt'!“

„Ich bin wahrhaftig verschrocken gewesen“, fuhr er nach einer Weile fort, „sie könnten gehört haben, daß es bei der Weilerbäuerin nicht mehr ganz soher ausseht! 's geht wirklich schon ein Gerede! — Aber gottlob, so ein Großer glaubt an seinesgleichen und merkt immer zuletzt: geschwollen ist nicht fett!“
 Er lächelte. „Der Rothenbauer ist der Mann, die Leute wieder fett zu machen! — Wenn er mit seinen Kapitalen rausrukt, dann geht's wieder — und allen ist geholfen. Die Sophie kriegt einen Mann ins Haus, für den man sich schon was kosten lassen kann; und wohlhabend sind sie doch! Ob einige Tausende mehr oder weniger da hineinkommen, ist ganz gleichgültig! — Überhaupt: die Leut' müssen gar nicht so übermäßig reich sein, sie werden sonst zu übermütig!“
 „Wie lang' lauf ich nun schon hin und her? — Weiß Gott, über ein Vierteljahr! — Au, sie sollen mich bezahlen davor — tüchtig bezahlen — alle beide!“
 Drei Tage später, und man wußte so ziemlich im ganzen Ries: Schorsch Fichtler wird Rothenbauer! Die vollendete Tatsache rief gewöhnliche und absonderliche Anmerkungen in der Menge hervor. Leute wie der Rothenbauer und die Weilerbäuerin sind für die ländliche Umgegend immer eine Art historischer Personen, und die Verbindung ihrer Kinder ist ein Ereignis. Bei dem Reichthum der Braut, welche dormalen der beste Fisch war, der im Ries gefangen werden konnte — bei dem Ruf und dem Namen des Bräutigams fehlte es nicht an Anlaß zu launig-hocharsten Reden, die man sich denn auch zur Unterhaltung nirgends versagte. Viele prophezeiten Unheil und gaben Tag und Stunde an, wo die Sophie ein unglückliches Weib sein werde. Andere, von dem ewigen „Ausrichten“ gelangweilt, nahmen sich des Aares an; man stritt, erzählte Beispiele aus früheren Zeiten, ließ Sprüche der Weisheit ertönen und hatte so eine Reihe von Tagen den angenehmen Zeitvertreib. Proben beratiger Gespräche zu geben, gehört nicht zu meiner Aufgabe. Ich habe nur mitzutheilen, was die Nachricht auf einen Riesler für eine Wirkung hervorbrachte.
 Gottfried, von jener Unterhaltung beim Rothenbauer heimgesührt und seine Gespräche treibend, konnte die letzte Rede der Sophie nicht vergessen. — Sie hätte gern gesehen, daß er den Schorsch geworfen, zum wenigsten, daß er sich von ihm nicht hatte zwingen lassen — das

Streit in den Steingewerfen Friedrichsfeld i. W. In den Deutschen Steingewerken Friedrichsfeld in Baden ist am 1. Juni durch die Arbeiter der Streik proklamiert worden. Ca. 600 Arbeiter haben, nachdem vor dem Mannheimer Einigungsamt gesessene Verhandlungen kein für die Arbeiter annehmbares Resultat gezeigt hatten, die Arbeit niedergelegt. Zuzug von Töpfern, Steingewerks- und Röhrenarbeitern ist nach Friedrichsfeld in Baden streng fernzuhalten.

Wie die Massenanklagen im Ruhrrevier zustande kommen. Worin die Massenanklagen wegen Streikvergehen ihre Ursache haben, wurde einmal in einer Streiksache an die Öffentlichkeit gebracht. Dem Vorsitzenden einer Bochumer Strafkammer fiel es auf, daß der Strafantrag so spät gestellt worden war und er forschte bei dem Kronzeugen nach dessen Ursache. Diese erklärte, daß er die Kontraktbruchstrafe von sechs Schichten mit der Anzeige habe retten wollen. Es sei ihm ein Formular auf der Zeche vorgelegt worden, das er unterschrieben habe. Es wird durch die Vernehmung des Fabriksteigers festgestellt, daß diese Formulare der Polizei zur Strafverfolgung ausgehändigt worden sind. Der Vorsitzende stellt durch Befragen fest, daß der Zeuge, falls eine Verurteilung des Angeklagten erzielt wird, auf Antrag die sechs Schichten ausbezahlt erhält. Das Gericht kommt zwar zur Verurteilung des Angeklagten zu 60 Mk. Geldstrafe, spricht aber in der Urteilsbegründung aus, daß der Strafantrag im egoistischen Interesse gestellt worden sei. — Mit einer komisch klingenden Erzählung bringt in einer anderen Sache die Frau eines Arbeitswilligen die inkriminierende Äußerung eines Streiksünder's vor. Die Zeugin beginnt: „Auf unserem Hofe wurde ein Schwein geschlachtet. Das Schwein schrie, Da sagte der Angeklagte: So müßten die Streikbrecher schreien!“ Das Gericht kam zur Freisprechung.

Nach dem Rheinschifferstreik. Als während des Rheinschifferstreiks auch die Kapitäne, Bootsführer und ersten Wärter usw. an die Reeder mit Forderungen herantraten, da verstand es die Reederpresse, diese zwischen dem eigentlichen Arbeitspersonal und den Unternehmern als Pressblock stehende Angestelltengruppe mit Versprechungen hinzuhalten und sie zur Weiterarbeit zu bestimmen. Nicht wenige von ihnen verzichteten denn auch direkt sogenannt Arbeitswilligendienste, oder suchten durch Einwirkung auf Verwandte und von ihnen abhängige Personen Streikbrecher zu werben; sie halfen somit, das Schiffspersonal in seinem Kampfe um bessere Existenzbedingungen niederzuringen. Nachdem diese Leute so im Interesse des Reederkapitals die ihnen unterstellten Mannschaften erfolgreich an der Durchführung ihrer Forderungen gehindert haben, möchten sie nun selbst gern die Früchte ihres Verhaltens einheimen. Doch hiermit hapert's an einem. Aus Duisburg, dem Hauptsitz des rheinischen Schiffsverkehrs, wird berichtet, daß die Schiffschiffer und Kapitäne usw. in einer Versammlung am 12. Mai beschlossen haben, noch einmal zu versuchen, auf gutlichem Wege von den Reedern eine Gehaltserhöhung zu erlangen, daß dieser Versuch aber mißglückt ist. Diese Angestellten hatten sich auf die unerbittlichen Versprechungen in der Reederpresse verlassen, und jetzt sind sie nun erbost, daß die Reeder sich ablehnend verhalten, obwohl das Schiffspersonal mit seinen Forderungen nicht durchgedrungen ist. Die ablehnende Haltung der Reeder geht soweit, daß nur einige wenige überhaupt Antwort gegeben haben. Es war deshalb zu Sonntag, den 2. Juni, von der Unterstützungs-kasse „Rheingold“, der die meisten Kapitäne und Schiffsführer zc. angehören, eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, in der die Angelegenheit erneut besprochen wurde. Nach Äußerungen, die in der bürgerlichen Presse Duisburgs am Sonnabend veröffentlicht wurden, steht ein Streik der Kapitäne und Schiffsführer des Rheinstroms nahe bevor, falls die Reedereien kein Entgegenkommen zeigen. Es erscheint indes sehr fraglich, ob es dazu kommen wird. Wohl herrscht eine starke Mißstimmung unter den genannten Angestelltengruppen der Rheinschiffahrt, doch die Reeder werden schon wissen, was sie diesen „besseren Proleten“ bieten können. Die Leute haben während des Streiks im Interesse des Unternehmertums „ihre Schuldigkeit getan“ und können nun gehen!

Aussperrung in der Fürther Glasindustrie. In der Fürther Glasindustrie ist es nun doch zur Aussperrung gekommen. Es sind von den im Glasarbeiterverband organisierten Arbeitern 308 verheiratete und 122 ledige, und von den organisierten Arbeiterinnen 93 verheiratete und 18 ledige ausgesperrt worden. Die verheirateten Arbeiter und Arbeiterinnen haben zusammen 633 Kinder zu ernähren. Der neu errichtete Unternehmerverband hat also seine Tätigkeit damit eröffnet, wegen eines Unternehmers, der nicht einmal die

stand feil! Welche gute Gesinnung zeigte das gegen ihn! Er galt bei ihr so viel wie der Schorsch — wenn nicht am Ende mehr! Wie wohl tat ihm das! — Welche Wünsche — welche Hoffnungen erstanden wieder in seiner Seele! — Alle Pläne, die er auf seine Entfugung gebaut hatte, waren über den Haufen gemorfen.

Unser Bursche erfuhr bei dieser Gelegenheit zum erstenmal, daß er ein Herz hatte, ausgerüstet mit aller Fülle der Leidenschaft. Er überzeugte sich, daß es noch einen anderen Willen gibt als den des Kopfes — und daß gegen ihn, wenn er sich mächtig erpöben hat, vernünftige Gedanken und Worte nur sehr wenig auszurichten pflegen.

Es ist so süß, dem Drange der Neigung nachzugeben! So süß, die Geliebte sich zu denken als Liebende, und sich die Freude vorzustellen, die man hat, wenn man glücklich ist! — Sich an Bildern des Glücks zu ergötzen ohne allen Grund, das ist allerdings unmännlich und schwach. Aber wenn sich nun eine Möglichkeit, — wenn sich denken läßt, daß es auf diese oder jene Art doch noch so gehen könnte, wie das Herz sich wünscht: sollte man auch diesen Gedanken nicht nachhängen, sich nicht vormalen dürfen, wie es etwa gehen möchte? — Das ist offenbar ganz was anderes!

Der wackere Gesell folgte dem Gang seiner Seele und ließ seinen Träumen ihren Lauf. Sehnsucht und Einbildungskraft arbeiteten zusammen — und bauten Schlösser auf und ließen Dinge geschehen, die sehr wunderbar aber für ihn auch sehr beglückend waren. Daß die Wirklichkeit zuweilen mit den Vorstellungen in argen Widerspruch geriet, das störte ihn nicht. Phantasieerte sich's auch am besten in der Einsamkeit des Waldes, dessen Töne so schön einflangen in die Musik der Seele, so gelang es ihm doch auf dem Felde, bei harter Arbeit in Sonnenglut, beim Angesprochenwerden oder Angehörtwerden von seiten der Nachbarkleute und abziehenden Begegnungen aller Art. — Manchmal freilich besann er sich und erwachte, sah die Traumbilder als das an, was sie waren, und erklärte sie für eine sehr große Narrheit. Aber er sah an dieser Narrheit jetzt doch auch eine Seite, die sie nicht ganz sinnlos erscheinen ließ; und wenn er sich früher darüber erzürnt hatte, jetzt lächelte er über sie — und über den, der sie beging.

(Fortsetzung folgt.)

durchschnittlichen Arbeitsbedingungen gewähren will, die gesamte Arbeiterschaft auf's Bläuliche zu weisen. Von den anderen beteiligten Verbänden dürfte zusammen die gleiche Zahl Ausgesperrter in Betracht kommen. Von den Organisationsleitungen sind Verhandlungen angebahnt worden, die auch schon zu einigen Zugeständnissen der Unternehmer geführt haben. Die Verhandlungen werden fortgeführt, und steht noch zu hoffen, daß die Aussperrung in einigen Tagen beendet sein könnte. Sollten aber die Verhandlungen scheitern, so können die fürchterlichen Ereignisse sicher sein, daß die Arbeiter den Kampf mit voller Kraft aufnehmen und zu einem siegreichen Ende führen werden.

Erfolgreiche Tarifbewegung im Lithographie- und Steindruckgewerbe in Norwegen. Die Gehilfen dieses Gewerbes sind fast sämtlich organisiert. Bei Ablauf des seitherigen Tarifs stellten die Gehilfen Forderungen auf Verbesserung der Tarifpositionen. Die Unternehmer lehnten nicht allein die Forderungen der Arbeiter ab, sie waren auch zu Verhandlungen nicht zu bewegen, so daß die Gehilfen einmütig ihre Kündigung einreichten. In letzter Stunde, bevor der allgemeine Streik ausbrach, fand jedoch noch eine Einigung statt. Es wurde ein neuer Tarif mit ganz bedeutenden Verbesserungen auf 5 Jahre abgeschlossen. In diesem ist nunmehr auch das Hilfspersonal mit einbezogen. — Verbesserungen fanden besonders statt bei der Arbeitszeit, Minimallohn, Teuerungszulage und in der Ferienfrage. — Festgelegt wurde: Die Arbeitszeit beträgt für Lithographen 46 Stunden, für Steindrucker und Hilfsarbeiter 51 Stunden pro Woche; bei durchgehender (englischer) Arbeitszeit ist diese pro Tag 20 Minuten kürzer, so daß die Arbeitszeit, wie zum Beispiel in Christiania, für Lithographen 44 Stunden und für Steindrucker und das Hilfspersonal 49 Stunden pro Woche beträgt. — Au Mindestlohn wird den Lithographen im ersten Gehilfenjahre 22 Kronen, im zweiten 26 Kronen gezahlt, von da ab bleibt er der freien Vereinigung überlassen. Für die Steindrucker wird im ersten Gehilfenjahre 22 Kronen und im zweiten 25 Kronen gezahlt; für Steinzeichner vom dritten Jahre ab 22 Kronen, im vierten 24 Kronen; für Anleger und Anlegerinnen vom zweiten Jahre ab 10 Kronen und im dritten Jahre 12 Kronen. Für Rotationsmaschinenmeister werden mindestens 36 Kronen pro Woche bezahlt. Jeder Arbeiter, der seit dem 15. März 1910 bei einer Firma ist und seit dieser Zeit keine Zulage erhielt, bekommt eine Krone Teuerungszulage pro Woche bei einem Gehalt von 31—36 Kronen, und 2 Kronen unter 31 Kronen Wochenlohn. Überstunden werden mit 25—50 Prozent Zuschlag bezahlt. Lehrlinge dürfen keine Überstunden machen. — Die gesetzlichen und vom Geschäft angeordneten Feiertage werden bezahlt. — Afford- und Heimarbeit ist verboten, Ferien erhält jeder 6 Tage, der mindestens ein halbes Jahr bei der Firma ist. — Die Zahl der zu haltenden Lehrlinge ist nach der Zahl der beschäftigten Gehilfen und die Lehrlingslöhne nach den Lehrjahren gestaffelt. Ein Maschinenmeister darf nur eine Maschine bedienen. In Rotationsmaschinen dürfen nur ausgebildete Drucker beschäftigt werden. Die Gehilfen haben die Verpflichtung übernommen, nur in tarifstreuen Firmen zu arbeiten, und die Prinzipale haben sich verpflichtet, nur organisierte Arbeiter zu beschäftigen. Im Tarif ist außerdem eine Bestimmung enthalten, wonach bestehende günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht geändert werden dürfen. Dieser günstige Tarifabschluss legt wiederum beredtes Zeugnis davon ab, was eine starke Arbeiterorganisation zu leisten imstande ist.

Der Londoner Hafnarbeiterstreik. Die Arbeiter, die ganz von der Shipping Federation beherrscht werden, haben die Maste fallen lassen. Sie glauben sich augenblicklich stärker als die Arbeiter und wollen deshalb von keiner Konferenz mit Ministern und keinem Schiedsgericht etwas wissen. Auf der von der Regierung einberufenen Konferenz erschienen bloß die Arbeitervertreter; sie konnte deshalb nicht abgehalten werden. Die Regierung machte darauf gewisse Vorschläge für Einsetzung eines Schiedsgerichts, dem eventuelle gesetzliche Zwangsmaßnahmen eingeräumt werden sollen. Die Unternehmer sollen am Montag, die Arbeiter am Dienstag auf diesen Vorschlag antworten. Die ablehnende Haltung der Scharfmacher ist aber so gut wie sicher. Sie haben ganze Schiffsladungen von Streikbrechern importiert und verlangen den weitestgehenden militärischen „Schutz“. Unter diesen Umständen können die Arbeiter wider ihren Willen zum Generalstreik in allen Häfen gezwungen werden. — Das Volkswirtschaftsbureau meldet: Der Verband der Londoner Bauarbeiter habe beschlossen, diejenigen Mitglieder, die im Londoner Hafen beschäftigt sind, zum sofortigen Streik aufzufordern. Der Verband habe beschlossen, die angeschlossenen Gewerkschaften aufzufordern, die Mitglieder im ganzen Bezirk des Londoner Hafens zum sofortigen Ausstand zu veranlassen, falls nichtorganisierte Arbeiter mit ihnen zusammen eingestellt werden würden. — Die Hafnarbeiter von Southampton drohen mit einem neuen Streik, der sieben bis achtausend Mann umfassen dürfte. Sie stellen neue Forderungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, aber die Arbeitgeber lehnten es ab, sich wegen der im letzten Sommer bewilligten Aufbesserungen in eine Erörterung der Forderungen einzulassen.

Zur Klarstellung.

Unter der Überschrift: „Ein Parteistandal“ bringt die „Bremer Bürgerzeitung“ vom 1. d. Mts. eine Notiz, in der folgendes behauptet wird:

„Der Parteivorstand und der Württembergische Landesvorstand versprachen nun, da unbedingt Hilfe kommen mußte, zu helfen, wenn der bestgehakte Redakteur des Göppinger Parteiblattes, Genosse Thalheimer, aus der Redaktion, die er allein beforderte, ausschiede und dafür der Genosse Erich Rothmann, ein junger, strebsamer Mann, der früher ein genau so hartnäckiger Gegner der württembergischen Opportunisten war, wie er jetzt ihr Freund und Günstling ist, die Redaktion übernehme. Der Parteivorstand hat seine Hilfe davon abhängig gemacht, daß das Ulmer Parteiblatt, das Rothmann, der früher Mitglied der Redaktion der „Schwäb. Tagwacht“ war, bisher redigierte, fortan in der Druckeret in Göppingen gedruckt werde.“

Diese Behauptungen widersprechen der Wahrheit. Die Vorgänge, die in der Notiz behandelt werden, haben sich wie folgt zugetragen:

Die „Freie Volkszeitung“ in Göppingen, die früher als Kopfblatz erschien, machte sich im Jahre 1911 selbständig; erwarb zu diesem Zwecke ein eigenes Grundstück und errichtete eine eigene Druckeret, obwohl die finanziellen Grundlagen für ein solches Unternehmen fehlten und deshalb der Parteivorstand, mit dem vorher keine Fühlung genommen war, entschiedenen Widerspruch erhob, als er davon erfuhr. Wie vorauszu sehen war, geriet das Geschäft bald in Zahlungsschwierigkeiten, die die Geschäftsleitung veranlaßten, die Hilfe des Parteivorstandes in Anspruch zu nehmen. Der Parteivorstand setzte sich darauf, wie immer in solchen Fällen, mit dem zuständigen Landesvorstand in Verbindung und verhandelte sodann in Stuttgart mit dem Landesvorstand, dem Landesauschuss und den Vertretern des Göppinger Geschäfts und den Vertretern des Ulmer Parteiorgans, um dessen Druck die Göp-

pingen Geschäftsleitung sich schon vorher aus eigenem Antriebe bemüht hatte, darüber, ob und wie das Göppinger Geschäft saniert werden könne. Alle Beteiligten kamen dahin überein, daß der Parteivorstand und der Landesvorstand dem Göppinger Geschäft gemeinsam finanzielle Hilfe leisten sollten. Der Landesvorstand, die Göppinger und die Ulmer Genossen wurden beauftragt, die zur Sanierung geeigneten Maßnahmen im einzelnen zu beraten, insbesondere auch zu erwägen, ob der Druck des Ulmer Parteiblattes, der jetzt in der Stuttgarter Druckeret ausgeführt wird, sich nicht in Göppingen ausführen ließe. Genosse Thalheimer, der bei dieser Konferenz zugegen war, erklärte, daß eine Regelung mit Ulm sich sehr wohl würde heilbringend lassen. Am 12. Mai ist uns dann ein zwischen dem Landesvorstand, der Gesellschaft „Schwäbische Tagwacht“ und den Vertretern der Göppinger „Freien Volkszeitung“ vereinbarter Vorschlag über die geschäftliche Regelung zugegangen, ohne daß der Druck des Ulmer Blattes erwähnt wurde. Bei den großen Zuschüssen, die künftig für das Göppinger Unternehmen erforderlich sein werden, war diese Frage für unsere endgültige Entscheidung von großer Bedeutung. Auf unsere Frage, wie es damit stehe, teilte der Verlag der Göppinger „Freien Volkszeitung“ uns am 24. Mai mit, daß die Verhandlungen mit den Ulmer Genossen noch nicht abgeschlossen seien, jedoch begründete Aussicht auf eine Einigung bestehe. Weitere Verhandlungen sind mit uns nicht geführt worden. Wir haben jedoch inzwischen dem Göppinger Geschäft die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung gestellt. Damit haben wir eine Ausnahme von der Regel gemacht, daß Gesellschaften, die ohne genügenden finanziellen Rückhalt gegen den Willen des Parteivorstandes gegründet werden, Unterstützung aus allgemeinen Parteilmitteln nicht gewährt wird. In diesem Ausnahmefall war die Hilfeleistung nach Meinung aller Beteiligten im allgemeinen Parteinteresse abgeboten.

Wir müssen mit aller Entschiedenheit die Behauptung als unwahr zurückweisen, daß der Parteivorstand an die Unterstützung des Göppinger Geschäfts die Bedingung geknüpft habe, daß der Genosse Thalheimer aus der Redaktion austrete. Bei den Verhandlungen in Stuttgart hat der Parteivorstand vielmehr ausdrücklich erklärt, und auch später keinen Zweifel darüber gelassen, daß die wirtschaftliche Bedrängnis des Göppinger Geschäfts nicht etwa dazu ausgenutzt werden dürfe, die politische und parteitaktische Haltung des Göppinger Organs zu beeinflussen. Wir bedauern es im Interesse der Partei, wie unseres Göppinger Geschäfts, daß wir durch den unwarren Bericht in der „Bremer Bürgerzeitung“ gezwungen worden sind, interne geschäftliche Angelegenheiten eines Parteiorgans öffentlich zu erörtern. Bemerken wollen wir noch, daß wir von der weiteren Entwicklung der Angelegenheit erst jetzt durch den nachfolgenden Bericht des Göppinger Parteiorgans vom 1. d. Mts. Kenntnis erlangt haben.

Der Parteivorstand.

Die Fusion der „Freien Volkszeitung“ und der „Donauwacht“.

Donnerstag abend fand die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Göppingen statt. Auf der Tagesordnung stand die Frage der Erweiterung der finanziellen Basis der „Freien Volkszeitung“. Zu diesem Zwecke wurde von den betreffenden Parteimitgliedern die Fusion der Ulmer „Donauwacht“ und unseres Blattes angeregt, zu der der Berliner Parteivorstand und die Gesellschaft der „Schwäbischen Tagwacht“ die finanzielle Grundlage geben. Genosse Kinkel, der über die in dieser Angelegenheit gepflogenen Verhandlungen berichtete, legte im Namen des Kreisauschusses eine Resolution vor, in der die Göppinger Genossen fordern, daß die Redaktion des Blattes durch die Genossen Thalheimer und Rothmann geleitet wird.

Daraufhin gab Genosse Dr. A. Thalheimer folgende Erklärung ab:

„Ingefaßt dessen, daß infolge Aufgabe der finanziellen Selbständigkeit der „Freien Volkszeitung“ und ihrer Verschmelzung mit der „Donauwacht“ auch eine Änderung der Faktoren zu erwarten ist, die über die politische Haltung der „Freien Volkszeitung“ zu bestimmen haben, sehe ich mich außerstande, weiter in der Redaktion der „Freien Volkszeitung“ zu verbleiben.“

Ingefaßt dessen brachte Genosse Schepfer, Vorsitzender des Kreisauschusses, folgende Resolution ein, die einstimmig angenommen wurde: „Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Göppingen nimmt mit dem größten Bedauern den Rücktritt des Genossen Thalheimer von der Redaktion der „Freien Volkszeitung“ zur Kenntnis. Sie spricht ihm den wärmsten Dank für seine Tätigkeit aus, mit der sie in prinzipieller und taktischer Beziehung völlig einverstanden war.“

Daraufhin wurde eine längere Debatte geführt über die praktische Durchführung der Fusion, die mit der Annahme folgender Resolution (mit allen gegen sechs Stimmen) endete:

„Die beiden Parteiorgane „Freie Volkszeitung“ und „Donauwacht“ werden verschmolzen und die geschäftliche Leitung der Gesellschaft „Schwäbische Tagwacht“ übertragen.“

Die beiden Parteiorgane werden unter eine Redaktion gestellt. Über die taktische und prinzipielle Haltung des Blattes, sowie über die Besetzung der Redaktion entscheidet eine Preßkommission, die aus je drei Genossen vom Landesvorstand aus dem 10. und dem 14. Wahlkreis gewählt wird.

Falls in dieser Preßkommission eine Einigung nicht erzielt wird, entscheidet endgültig der Parteivorstand.“

Soziales.

Der Widersinn des Kapitalismus. Zum 4. Juni ist die internationale Konferenz zur Regelung des funktentelegraphischen Verkehrs zusammenberufen worden. Die vorhergegangene tagte im Jahre 1906. Seitdem ist wohl im internationalen funktentelegraphischen Verkehr der nichtstimmige Strich des Morsealphabetes mehr gebraucht worden als jemals vorher. Und dies aus sehr einfachen Gründen. Die beiden großen Systemkonkurrenten „Marconi“ und „Telefunken“ kämpften um die Vorherrschaft auf dem Weltmeer, beide Systeme haben aber den gleichen Mangel, daß sie einander stören können. Ein funktentelegraphischer Aufnahmeapparat nimmt unterschiedslos jede Welle auf, ganz gleich ob sie vom Marconi- oder vom Telefunkenangehörigen kommt. Der Krieg der beiden Gesellschaften wurde deswegen zum Kampfe der beiderseitigen Schiffstelegraphisten. Um das zu verstehen, muß beachtet werden, daß z. B. auch die Telefunken-Gesellschaft die heute die Mehrzahl der deutschen Schiffe mit ihren Apparaten ausrückt, nur eigenes Personal an ihren Sendern und Gebern stationiert. Mit einem bestimmten Gehalt ist auch der letzte Telefunkenmann auf „jüdamerikanischer“ Fahrt von der deutschen Telefunken A.-G. in Berlin angestellt. Die Schiffsgesellschaft hat nichts weiter mit ihm zu tun, als freie Verpflegung und Unterkunft zu gewähren. Ihr gehört auch nicht die Telegraphenanlage, sie ist der Reederei in jedem einzelnen Falle für einen Jahrespreis von 1000 bis 2000 Mark verpachtet. Die im Mutterinstitut angelesenen und erzoogenen Telegraphisten sind, das hat erst wieder die

Titanic-Katastrophe bewiesen, oft die ärgsten Feinde, nicht etwa weil sie beide Proletarier in Uniform sondern weil sie Angestellte gegnerischer Gesellschaften sind! Es ist unter den Kundigen ein offenes Geheimnis, daß die Marconitelegraphisten und die Telefunkenmänner sich seit Jahren und auch heute noch gegenseitig mit dem Strich des Telefunkenalphabetes das reguläre Arbeiten unmöglich machen. Ein Duzend Striche ins freie Meer hinaus geschickt, macht alle zu gleicher Zeit auf anderen in Felschweite befindlichen Schiffen ausgenommenen Telegramme unleserlich! Am Anfang ihrer Entwicklung war die drahtlose Telegraphie noch nicht so kapitalistisch konzentriert wie heute. Die A. G. hatte die Bauart Elabn-Arco aufgenommen und bereits 150 solcher Stationen gebaut, als es zur Einigung mit Siemens u. Halske und ihrem eigenen Verfahren kam. Die beiden Unternehmungen einigten sich, man spricht davon, im besonderen auch auf Wilhelm II. Drängen, und gründeten die Gesellschaft für drahtlose Telegraphie, G. m. b. H. in Berlin. Das von diesem Unternehmen betriebene Telefunken-System hat heute allein 78 Landstationen. Nach dem Marconisystem sind 103 tätig. Auf dem Meere hat sich gegenüber Marconi allein Telefunken eine gewisse Stellung erzwungen, selbstverständlich nicht durch Liebenswürdigkeiten! Alle anderen Systeme, die zum Teil weit verbreitet sind, wie z. B. das de Forest-System in den Vereinigten Staaten, sind auf dem Weltmeere macht- und bedeutungslos, weil sie durch das kapitalistische Interesse der Marconigesellschaft nicht anerkannt werden. Gerade an diesem Wahnsinn von Kulturverrat macht sich so recht deutlich der Wiberfenn des Kapitalismus, des Privatigentums, erkennbar. Die größte Erungenschaft wird zur Goldgrube legenden Henne. So ist nicht nur mit der drahtlosen Telegraphie. Man denke an die Aeroplanindustrie, die mit ihren Duzenden von Gesellschaften nichts weiter ist als eine Fabrikationsabteilung der deutschen Heeresleitung. Die drahtlose Telegraphie wäre erst dann das, was sie sein soll und muß, wenn sie im Kulturinteresse der ganzen Welt international verstaatlicht würde! Vorläufig wäre es schon genug, wenn die internationale Konferenz energisch genug arbeitete, um den Strich aus den Telegrammen der funktentelegraphischen Empfängerapparate auf den Schiffen herauszubringen, soweit er nicht hineingeht. Klug wäre es, dabei nicht zu vergessen, daß der deutsche Kapitalismus vom englisch-italienischen um nichts verschieden ist.

Aus dem Gerichtssaal.

Militärjustiz — Klassenjustiz. (Zwei Urteile und ein Gegenstück.) 1. Der Unteroffizier Alfred Braun vom Grenadierregiment Nr. 11 in Breslau stand vor dem Kriegsgericht, angeklagt der Soldatenmishandlung. Am 7. März beantwortete der Fälliger Kaiserlich eine Frage mit: „Ich weiß nicht“ und nahm eine schlechte Haltung an. Der Unteroffizier schimpfte: „Burschen, gelumpe, verfluchter Affe, nehmen Sie die Klauen zusammen“, und gab dem Mann einen Stoß mit dem Fuß ans Schienbein. Am 26. April stellte der Unteroffizier den Fälliger Lamka wegen Wegens eines Helmes zur Rede. Er drohte dem Mann: „Ich reiß dir das Geilnge aus“, faßte ihn an der Brust, zog ihn am Ohrfläppchen und stieß ihn mit dem Knie ins Gesicht. Urteil: Fünf Tage gelinder Arrest. — 2. Der Sergeant Sacher vom Garberegiment, der sich vor dem Dresdener Kriegsgericht verantworten mußte, hatte die Schickung gemohnheitsmäßig aus den Werbeständen „geschoben“, diese „Schieberer“ kam nach und nach einer Mishandlung gleich. Ein Soldat erhielt dabei einen „Leichten Schlag“ ins Gesicht und ein anderer eine Ohrfeige, daß es nur so klatzte! Als einer der Mishandelten erklärte, er lasse sich das nicht gefallen, versuchte ihn der Angeklagte durch Androhung nachteiliger Folgen von einer Beschwerde abzuhalten! Urteil: 12 Tage Mittelarrest. — Und nun das Gegenstück. 3. Der Kanonier Hermann Klauen vom Feldartillerieregiment 34 hatte sich vor dem Oberkriegsgericht in Metz als Berufungsinstanz zu verantworten. Klauen, der sich übrigens beim Militär tadellos geführt hat, kam eines Tages mit mehreren Kameraden in stark angeheitertem Zustande in die Kaserne zurück. Auf dem Kasernenhofe sang er laut und hörte auch nicht auf, als ihm der Posten Ruhe gebot. Als dieser zum zweiten Male zur Ruhe mahnte, trat Klauen auf ihn zu und gab ihm eine Ohrfeige. Urteil: Ein Jahr und drei Tage Gefängnis!

Aus Nah und Fern.

Zum Deutscher Landfriedensbruchprozess wird gemeldet, daß der Antrag des Verteidigers auf Wiederaufnahme des Verfahrens, der unter Beibringung neuer Tatsachen und Beweise gestellt war, von dem Landgericht Köln abgemiesen worden ist.

Gedämpfte Begeisterung. Aus Halle a. S. berichtet man: Seit Wochen machen die Gesangvereine von Halle und Merseburg mobil, um dem Kaiser gelegentlich seines Aufenthaltes im Schloß zu Merseburg anlässlich der diesjährigen Kaisermandover eine Sängerhuldigung in Gestalt von Massenmärschen darzubringen. Auf die nachgesuchte Genehmigung bei dem Oberhofmarschallamt ist jetzt ein ablehnender Bescheid eingegangen. Es heißt darin, der Kaiser sei in den Mandovertagen derart in Anspruch genommen, daß er jener Sängerhuldigung nicht beiwohnen könne. — Die Huldigung war in den liberalen Blättern zuerst angeregt worden. Die liberalen Patrioten sind nun ganz „zerknirsch“ über den ablehnenden Bescheid.

Ein gewaltiges Feuer ist gestern im Stadtviertel der Hagia Sofia in Konstantinopel ausgebrochen, der das ganze Viertel einzusichern droht.

Kampf eines Tauchers mit einem Tintenfisch. Ein Taucher, der im Hafen von Loulon arbeitete, wurde auf dem Grunde des Wassers von einem enormen Tintenfisch angegriffen. Das Tier umklammerte den Mann, der gerade noch Zeit hatte, das Alarmsignal zu geben. Als der Taucher an der Oberfläche erschien, hatte er in der furchtbaren Umarmung das Bewußtsein verloren. Das Tier, das mit Messerfischen getötet wurde, wog 60 Kilogramm. Jeder Arm hatte eine Länge von acht Metern. Jeder Saugnapf war so groß wie ein 5-Franks-Stück.

Die Leiche unseres österreichischen Parteigenossen Silberer, der seit einer im Herbst des Vorjahres untergenommenen Skitour vermißt wurde, ist auf dem Sundstein bei Zell am See gefunden worden.

Feuer auf einem Dampfer. Auf der „Carmania“, einem Dampfer von 20000 Tonnen Gehalt, der der Cunard-Linie gehört, brach Sonntag im Hafen von Liverpool ein Feuer aus. Der Brand wurde abends entdeckt, als nur wenig Personen an Bord waren. Die Flammen schossen bald über die Oberdeck hinaus und fanden in den Salons reiche Nahrung. Ungeheure Mengen Wasser wurden in den Schiffskoloz hineingeschleudert, so daß schließlich, als das Feuer unterdrückt war, die Gefahr des Sinkens bestand. Das Schiff neigte sich zur Seite. Erst in später Nachtstunde

Gewerkschaftsbewegung.

Unliebame Vorkommnisse. Auf dem Verbandstag der Freisprenger, bei dieser Tage seine Verhandlungen beendet, wurden bei der Wahl des 1. Vorsitzenden für Genossen Etkorn, der bisher dieses Amt inne hatte, 8 Stimmen abgegeben, während 9 weiße Zettel waren. Auf Grund dieses Stimmenergebnisses erklärte Etkorn, daß er das Amt nicht annehme. Die übrigen gewählten Vorstandsmitglieder nahmen die Wahl nur unter Vorbehalt an. Nach längerer Debatte, in der mit Recht darauf hingewiesen wurde, daß mehrere Klagen über die Tätigkeit Etkorns die Delegierten doch nicht berechtigte, ein derartiges Mißtrauensvotum anzustellen, wurde nach erfolgter Anstellung eines zweiten Vorsitzenden Etkorn mit 14 gegen 2 (weiße) Stimmen gewählt. Hierauf nahm er die Wahl an. — Dem Verbandstag der Staats- und Gemeindearbeiter, der gegenwärtig in München tagt, liegt ein Antrag des Vorstandes und Ausschusses vor, an Stelle des bisherigen Verbandsvorsitzenden Max Wulff-Berlin zu wählen. Schon auf dem letzten Verbandstage ereigneten sich bei der Vorstandswahl unliebsame Zwischenfälle, die sich diesmal wiederholen dürften. Wir wollen und können uns natürlich nicht in die internen Angelegenheiten einer Gewerkschaft einmischen. Im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung aber liegt es, daß solche Vorkommnisse unterbleiben; sie liefern den Gegnern willkommenen Stoff gegen die Arbeiterbewegung.

Zur Ausperrung der hannoverschen Metallarbeiter. Auf die öffentliche Erklärung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, daß die Bekanntmachung der Metallindustriellen die Öffentlichkeit nicht richtig informiert habe, versuchen die Unternehmer in der bürgerlichen Presse jetzt den Anschein zu erwecken, als wenn sie von vornherein den Arbeitern 57 Stunden und 3/2 Prozent Lohnerhöhung geboten hätten und daß die Arbeiter von der Verbandsleitung gezwungen worden wären, das Angebot abzulehnen. Das trifft nicht zu. Die Unternehmer lehnten zuerst jede Verhandlung über die Forderungen der Arbeiter ab und machten ihr Angebot erst, nachdem die Arbeiter in einzelnen Betrieben wegen Ablehnung jeder Bewilligung eines Teiles ihrer Forderungen in den Streik eintraten mußten. Bevor sie die Arbeit niederlegten, boten sie ihren Firmen an, mit einer halben Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Tag und 3 Pfg. Lohnzulage pro Stunde zufrieden sein zu wollen. Nach Eintritt des Streiks verlangten die Unternehmer, daß die Arbeiter mit einer Verkürzung der Arbeitszeit des Sonntags jeder Woche, womit 57 Stunden Arbeitszeit pro Woche erreicht werden sollten, und mit 3/2 Proz. Erhöhung der Stundenlöhne, womit nicht die geringste Lohnerhöhung eintrat, einverstanden sein sollten und lehnten jede Verhandlung über den sehr entgegenkommenden Arbeitervorschlag ab. Wären die Unternehmer auf die Verhandlung des Vorschlages der Arbeiter eingegangen, dann hätten sie in allen Betrieben Streik und Ausperrung vermieden, wie es bei der Maschinenfabrik Max Müller in Hannover-Heinholz möglich gewesen ist. Die Firma ist wegen der mit ihren Arbeitern und von dem Metallarbeiter-Verband ermöglichten Verständigung vom Metallindustriellen-Verein in Hannover ausgeholfen worden. Das zeigt, wo terrorisiert wird. Im Metallarbeiter-Verband nicht. Man verzichtet jetzt endlich darauf, der Öffentlichkeit zu erzählen, daß die Arbeiter auf bedingungsloser Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 54 Stunden und Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pfg. bestehen. Es glaubt eben trotz aller Erklärungen kein Mensch mehr. Die Metallindustriellen sind schuldig und müssen sich schuldig fühlen. Trotz aller Hartnäckigkeit der hannoverschen Metallindustriellen sind die Metallarbeiter in Hannover guten Wits und zu jeder Zeit zur Verständigung bereit, die von der Geschäftswelt und der bürgerlichen Presse in Hannover so sehr gewünscht wird. Die Metallindustriellen lehnen bisher noch jede Verhandlung über die Arbeitervorschläge ab, womit die Verständigung unmöglich gemacht wird. Daß die Metallarbeiter nicht zu Kreuze kriechen wollen, wurde am Freitag, dem 31. Mai, in der großen hannoverschen Maschinenfabrik (Lokomotiv-Fabrik) in Linden illustriert, wie die selbstständigen Arbeiter nach abgelaufener Kündigungszeit die Arbeit einstellten. Sie ließen sich mit keinen Versprechungen der Betriebsbeamten und der Firma von der Ausübung der Solidarität abhalten. Ein kleiner Rest folgte in den nächsten Tagen. Der Firma ist die selbstverschuldete Situation sehr unangenehm. In Hannover können die Metallindustriellen ihre Gewaltmittel nicht stärker anwenden. Sie sind am Ende ihres Lateins. „Samiel hilf!“ ertönte es schon vorher nach Magdeburg und Halle a. S. Die Metallarbeiter warten ab, ob die Metallindustriellen eine Verständigung zulassen werden.

diese Niedertracht protestierten, wurden derbe gekniffen und geflohen und sofort des Landes verwiesen!!! Dieser Fall liegt nun derart schlimm, daß der obengenannte Verein beschloffen hat, ihn entgegen der bisherigen Gepflogenheit in einem Konfliktprozess vor die Gerichte zu bringen und den sämtlichen Verhafteten die nötigen Mittel, Verteidiger usw. zur Verfügung zu stellen, um endlich einmal der weitesten Öffentlichkeit die „Freiheit“ der Schweiz und die innige Verbindung der Polizei mit dem Kapital zu illustrieren. Der Verein ist auch der Meinung, daß das Vorgehen der Polizei gegen die Niederlassungsverträge verstoßt und eine entsprechende Intervention in den in Frage kommenden Parlamenten rechtfertigt. Er wird die Akten des bevorstehenden großen Prozesses sammeln und den sog. Fraktionen der ausländischen Parlamente zuwenden, damit sie eventl. das Weitere veranlassen können. In der Schweiz selbst ist an einen genügenden Schutz der ausländischen Steuerzahler nicht zu denken, und wenn es auch tief beschämend ist, daß man sich von hier aus hilfesuchend an das Ausland, d. h. an die Heimat der mißhandelten Arbeiter wenden muß, so ist es doch unbedingt notwendig. Wohl hat die schweiz. Parteipresse sich scharf gegen das Vorgehen der Polizei ausgesprochen — aber dabei bleibt es auch. Ist doch z. B. der Polizeipräsident von Zürich selbst Mitglied der Partei (Grünländer) und sobald man ihm Vorwürfe macht, weil er die Wünsche der Unternehmer gar zu bereitwillig erfüllt, so antwortet er, daß er das nur tue, weil sonst — die Regierung sich ins Mittel lege und das Militär aufbiete!!! Und dann sei es mit dem Streikrecht überhaupt vorbei, wie es ja tatsächlich der Maurerstreik im vorigen Jahre bewiesen hat. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Winterthur, Basel und anderen Orten, wo ebenfalls das brutale Unterdrücken des den Arbeitern gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes verhindern können. Es ist halt falsch, zu sagen: auch in der Demokratie wird die Polizei immer mehr ein Werkzeug des Kapitalismus, es muß richtig heißen: erst recht in der Demokratie ist das der Fall! Und gerade in der demokratischen Schweiz haben sich die Klassengegensätze in letzter Zeit derart zugespitzt, daß auch hier das Marsche Wort aus dem „18. Brumaire“ zutrifft, wonach die kleinen Nachkommen der großen Sansculotten ihren Wahlpruch: „Eberie, Egalite, Fraternite“ seit langem erfüllt haben durch die Lösung: Infanterie, Kavallerie, Artillerie.“

Schlüssig, sehr schlüssig ist daneben die bedauerliche Tatsache, daß die Mehrzahl der in der Schweiz lebenden Arbeiter das noch immer nicht begreifen! Von den über 320 000 in der Fabrikindustrie beschäftigten Arbeitern sind erst 70 000 organisiert! Die Unternehmer und ihre Hintermänner begreifen viel schneller, wie sehr sie sich nützen, wenn sie die Bestrebungen der Arbeiter nach Aufklärung und Widerstand gegen die Ausbeutung mit Gewalt zu unterdrücken trachten. Wenn das doch auch die Arbeiter begreifen könnten!

Aus der Partei.

Au die Bildungsausschüsse! In diesen Tagen ist das Winterprogramm 1912/13 des Zentral-Bildungsausschusses zur Versendung gelangt. In alle Bildungsausschüsse und sonstige Interessenten, die bei uns gemeldet sind, ist das Winterprogramm geschickt worden. Da Adressänderungen nicht immer bei uns gemeldet werden, ist es möglich, daß die Druckfahne nicht in allen Fällen an die gegenwärtigen Vorsitzenden der örtlichen Ausschüsse gelangt ist. Wir bitten in solchen Fällen um Mitteilung. Das Winterprogramm wird unentgeltlich an die Organisation und an Freunde der Arbeiterbildung geschickt. Wir eruchen die Bildungsausschüsse, die ihnen zugegangenen Fragebogen über die örtliche Bildungsarbeit bis spätestens am 15. Juli an uns zurückzuschicken. In Orten, in denen noch kein Bildungsausschuss besteht, ist der Fragebogen von den mit der Pflege der Bildungsarbeit beauftragten Organisationen oder Genossen auszufüllen. Der Zentralbildungsausschuss i. A. Heinrich Schulz, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3.

Streik in den Steingewerken Friedrichsfeld i. W. In den Deutschen Steingewerken Friedrichsfeld in Waden ist am 1. Juni durch die Arbeiter der Streik proklamiert worden. Ca. 600 Arbeiter haben, nachdem vor dem Mannheimer Einigungsamt gepflogene Verhandlungen kein für die Arbeiter annehmbares Resultat gezeigt hatten, die Arbeit niedergelegt. Zugun von Töpfern, Steingewerks- und Röhrenarbeitern ist nach Friedrichsfeld in Waden streng fernzuhalten.

Wie die Massenauflagen im Ruhrrevier zustande kommen. Worin die Massenauflagen wegen Streikvergehen ihre Ursache haben, wurde wieder einmal in einer Streiksache an die Öffentlichkeit gebracht. Dem Vorsitzenden einer Bochumer Strafkammer fiel es auf, daß der Strafantrag so spät gestellt worden war und er forschte bei dem Kronzeugen nach dessen Ursache. Dieser erklärte, daß er die Kontraktbruchstrafe von sechs Schichten mit der Anzeige habe retten wollen. Es sei ihm ein Formular auf der Zeche vorgelegt worden, das er unterschrieben habe. Es wird durch die Vernehmung des Fahrstellers festgestellt, daß diese Formulare der Polizei zur Strafverfolgung ausgehändigt worden sind. Der Vorsitzende stellt durch Befragen fest, daß der Zeuge, falls eine Verurteilung des Angeklagten erzielt wird, auf Antrag die sechs Schichten ausbezahlt erhält. Das Gericht kommt zwar zur Verurteilung des Angeklagten zu 60 Mk. Geldstrafe, spricht aber in der Urteilsbegründung aus, daß der Strafantrag im eigentlichen Interesse gestellt worden sei. — Mit einer komisch klingenden Erzählung bringt in einer anderen Sache die Frau eines Arbeitswilligen die inkriminierende Äußerung eines Streikländers vor. Die Zeugnis beginnt: „Auf unserem Hofe wurde ein Schwein geschlachtet. Das Schwein schrie. Da sagte der Angeklagte: So müßten die Streikbrecher schreien!“ Das Gericht kam zur Freisprechung.

Nach dem Rheinschifferstreik. Als während des Rheinschifferstreiks auch die Kapitäne, Bootsführer und ersten Matrosen usw. an die Reeder mit Forderungen herantraten, da verstand es die Reederpresse, diese zwischen dem eigentlichen Arbeitspersonal und den Unternehmern als Wellenbrecher zwischen Gruppe mit Versprechungen hinzuhalten und sie zur Weiterarbeit zu bestimmen. Nicht wenige von ihnen vertriehen denn auch direkt sogenannte Arbeitswilligendienstleistungen durch Einwirkung auf Verwandte und von ihnen abhängige Personen Streikbrecher zu werben; sie halfen somit, das Schiffspersonal in seinem Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen niederzuringen. Nachdem diese Leute so im Interesse des Reederkapitals die ihnen unterstellten Mannschaften erfolgreich an der Durchführung ihrer Forderungen gehindert haben, möchten sie nun selbst gern die Früchte ihres Verhaltens einheimen. Doch hiermit hapert es an dem. Aus Duisburg, dem Hauptstapel des rheinischen Schiffsfahrtsbetriebs, wird berichtet, daß die Schiffschiffer und Kapitäne usw. in einer Versammlung am 12. Mai beschlossen haben, noch einmal zu versuchen, auf gutlichem Wege von den Reedern eine Gehaltserhöhung zu erlangen, daß dieser Versuch aber mißglückt ist. Diese Angelegten hatten sich auf die unverbindlichen Versprechungen in der Reederpresse verlassen, die sich nun erboit, daß die Reeder sich ablehnend verhalten, obwohl das Schiffspersonal mit seinen Forderungen nicht durchgedrungen ist. Die ablehnende Haltung der Reeder geht soweit, daß nur einige wenige überhaupt Antwort gegeben haben. Es war deshalb zu Sonntag, den 2. Juni, von der Unterstützungs-kasse „Rheingold“, der die meisten Kapitäne und Schiffsführer z. angehören, eine außerordentliche Generalarbversammlung einberufen, in der die Angelegenheit erneut besprochen wurde. Nach Äußerungen, die in der bürgerlichen Presse Duisburgs am Sonnabend veröffentlicht wurden, steht ein Streik der Kapitäne und Schiffsführer des Rheinstroms nahe bevor, falls die Reedereien kein Entgegenkommen zeigen. Es erhebt indes sehr fraglich, ob es dazu kommen wird. Wohl herrscht eine starke Mißstimmung unter den genannten Angestelltengruppen der Rheinschiffahrt, doch die Reeder werden schon wissen, was sie diesen „besseren Proleten“ bieten können. Die Leute haben während des Streiks im Interesse des Unternehmertums „ihre Schuldigkeit getan“ und können nun gehen!

Ausperrung in der Fürther Glasindustrie. In der Fürther Glasindustrie ist es nun doch zur Ausperrung gekommen. Es sind von den im Glasarbeiterverband organisierten Arbeitern 308 verheiratete und 122 ledige, und von den organisierten Arbeiterinnen 93 verheiratete und 16 ledige ausgesperrt worden. Die verheirateten Arbeiter und Arbeiterinnen haben zusammen 635 Kinder zu ernähren. Der neu errichtete Unternehmerverband hat also seine Tätigkeit damit eröffnet, wegen eines Unternehmers, der nicht einmal die

Schlome nicht mehrmals mit großem Ernst. „Gut!“ sagte er. „Dann legen wir aber den Kontrakt auf, wie's jetzt ausgemacht ist! Ihr verspricht das?“
 „Ich versprech's“, erwiderte der Bauer.
 „Und ich beschleunige“, setzte die Tochter hinzu.
 „Und unterdes“, fuhr der Jude fort, „darf ich reden von der Sach' und darf sagen, daß die Familien einig geworden sind?“
 „Von mir aus“, entgegnete das Mädchen, — „wem ihr wollt!“
 „Gott sei's gedankt!“ rief Schlome feierlich. — „Aber jetzt“, fuhr er sich aufheiternd fort, „legen wir uns doch! — Sie haben mich müd' gemacht, Sophie. — Gehen Sie! — Sie sind die Stolzeste und die Parthezigste hier im ganzen Ries!“
 Das Mädchen zuckte die Achseln. Dann sagte sie: „Kann ich etwas aufwarten, Schlome? Ich hab' was Supp!“
 „Ich nehm's an!“ rief nun der Jude. „Weiß Gott, von dem Laufen und dem Reden bin ich schon halb verdurftet!“
 Er setzte sich an den Tisch nieder; das Mädchen ging hinaus.
 Der Rothsbauer sah den Unterhändler, der sich mit seinem Schnupstuche den Schweiß von der Stirn wischte, heiter an. „Der Kuppelpelz“, bemerkte er, „wird alles gut machen!“ — Was die Weilerbäuerin gibt, das geht mich nichts an — (Der Jude zuckte die Achsel, als ob er sagen wollte: es wird nicht viel werden!) aber was ich geb', das weiß ich. — Ihr habt was verdient, Schlome!“
 „Ob ich was verdient hab'!“ rief der Jude. „Ihr mögt mir geben, was Ihr wollt. Rothsbauer, Ihr könnt mir's nicht vergelten, was ich getan hab'! Aber ich verlang's auch nicht! Ich begnüg' mich mit der Ehr' und mit dem Glück, was ich gemisset hab'!“
 Als der Schlome nach einer Stunde dem anderen Dorfe zuwanderte, sagte er sich: „Was das für harte Kopf' hab', diese Bauernköp'! 's ist weiß Gott leichter, ein paar Ochsen einzugewöhnen, als diese Leute zur Räson zu bringen! — Ist das ein Besinnen und ein Getu, daß man fast keinen Schritt vorwärts kommt! — Noch vierzehn Tag', — na, sie werden vorübergehen, und dann werd' ich Ruh haben, bis ich mir wieder eine neue Flag' ansieh'!“

„Ich bin wahrhaftig verschroden gewesen“, fuhr er nach einer Weile fort, „sie könnten gehört haben, daß es bei der Weilerbäuerin nicht mehr ganz koscher aussieht! 's geht wirklich schon ein Gerede! — Aber gottlob, so ein Großer glaubt an seinesgleichen und merkt immer zuletzt: geschwollen ist nicht fett!“
 Er lächelte. „Der Rotenbauer ist der Mann, die Leute wieder fett zu machen! — Wenn er mit seinen Kapitalen rausrukt, dann geht's wieder — und allen ist geholfen. Die Sophie kriegt einen Mann ins Haus, für den man sich schon was kosten lassen kann; und wohlhabend sind sie doch! Ob einige Tausende mehr oder weniger da hinkommen, ist ganz gleichgültig! — Aberhaupt: die Leute müssen gar nicht so übermäßig reich sein, sie werden sonst zu übermütig!“
 „Wie lang' lauf ich nun schon hin und her? — Weiß Gott, über ein Vierteljahr! — Na, sie sollen mich bezahlen davor — tüchtig bezahlen — alle beide!“
 Drei Tage später, und man wußte so ziemlich im ganzen Ries: Schorsch Hechtlicher wird Rothsbauer! Die vollendete Tatsache rief gewöhnliche und absonderliche Anmerkungen in der Menge hervor. Leute wie der Rothsbauer und die Weilerbäuerin sind für die ländliche Umgegend immer eine Art historischer Personen, und die Verbindung ihrer Kinder ist ein Ereignis. Bei dem Reichtum der Braut, welche dormalen der beste Fisch war, der im Ries gefangen werden konnte — bei dem Ruf und dem Namen des Bräutigams fehlte es nicht an Anlaß zu launig-höfischen Reden, die man sich denn auch zur Unterhaltung nirgends versagte. Viele prophezeiten Anheil und gaben Tag und Stunde an, wo die Sophie ein unglückliches Weib sein werde. Andere, von dem ewigen Ausrichten gelangweilt, nahmen sich des Paars an: man stritt, erzählte Beispiele aus früheren Zeiten, ließ Sprüche der Weisheit ertönen und hatte so eine Reihe von Tagen den angenehmen Zeitvertreib. Proben derartiger Gespräche zu geben, gehört nicht zu meiner Aufgabe. Ich habe nur mitzuteilen, was die Nachricht auf einen Rieser für eine Wirkung hervorbrachte.
 Gottfried, von jener Unterhaltung beim Rothsbauer heimgekehrt und seine Geschäfte treibend, konnte die letzte Rede der Sophie nicht vergessen. — Sie hätte gern gesehen, daß er den Schorsch geworfen, zum wenigsten, daß er sich von ihm nicht hatte zwingen lassen — daß

stand fest! Welche gute Gesinnung zeigte das gegen ihn! Er galt bei ihr so viel wie der Schorsch — wenn nicht am Ende mehr! Wie wohl tat ihm das! — Welche Wünsche — welche Hoffnungen erstanden wieder in seiner Seele! — Alle Pläne, die er auf seine Entlassung gebaut hatte, waren über den Haufen geworfen.
 Unser Bursche erfuhr bei dieser Gelegenheit zum erstenmal, daß er ein Herz hatte, ausgerüstet mit aller Fülle der Leidenschaft. Er überzeugte sich, daß es noch einen anderen Willen gibt als den des Kopfes — und daß gegen ihn, wenn er sich mächtig erheben hat, vernünftige Gedanken und Worte nur sehr wenig auszurichten pflegen.
 Es ist so süß, dem Drange der Neigung nachzugeben! So süß, die Geliebte sich zu denken als Liebende, und sich die Freude vorzustellen, die man hat, wenn man glücklich ist! — Sich an Widern des Glücks zu ergötzen ohne allen Grund, das ist allerdings unmännlich und schwach. Aber wenn sich nun eine Möglichkeit, — wenn sich denken läßt, daß es auf diese oder jene Art doch noch so gehen könnte, wie das Herz sich wünscht: sollte man auch diesen Gedanken nicht nachhängen, sich nicht vormalen dürfen, wie es etwa gehen möchte? — Das ist offenbar ganz was anderes!
 Der wackere Gesell folgte dem Gang seiner Seele und ließ seinen Träumen ihren Lauf. Sehnsucht und Einbildungskraft arbeiteten zusammen — und bauten Schloß auf und ließen Dinge geschehen, die sehr wunderbar, aber für ihn auch sehr beglückend waren. Daß die Wirklichkeit zuweilen mit den Vorstellungen in argen Widerspruch geriet, das störte ihn nicht. Phantasie sich's auch am besten in der Einamkeit des Waldes, dessen Töne so schön einflangen in die Musik der Seele, so gelang es ihm doch auf dem Felde, bei harter Arbeit in Sonnenglut, beim Angelpfänden oder Angeschrienwerden von seiten der Nachbarkleute und abziehenden Begegnissen aller Art. — Manchmal freilich sann er sich und erwachte, sah die Traumbilder als das an, was sie waren, und erklärte sie für eine sehr große Narrheit. Aber er sah an dieser Narrheit jetzt doch auch eine Seite, die sie nicht ganz sinnlos erscheinen ließ; und wenn er sich früher darüber erzürnt hatte, jetzt lächelte er über sie — und über den, der sie beging.
 (Fortsetzung folgt.)

durchschnittlichen Arbeitsbedingungen gewähren will, die gesamte Arbeiterschaft auf Planer zu weisen. Von den anderen beteiligten Verbänden dürfte zusammen die gleiche Zahl ausgesperrter in Betracht kommen. Von den Organisationsleitungen sind Verhandlungen angebahnt worden, die auch schon zu einigen Zugeständnissen der Unternehmer geführt haben. Die Verhandlungen werden fortgesetzt, und steht noch zu hoffen, daß die Aussperrung in einigen Tagen beendet sein könnte. Sollten aber die Verhandlungen scheitern, so können die Zürcher Glasgewaltigen sicher sein, daß die Arbeiter den Kampf mit voller Kraft aufnehmen und zu einem siegreichen Ende führen werden.

Erfolgreiche Tarifbewegung im Lithographie- und Steindruckgewerbe in Norwegen. Die Gehilfen dieses Gewerbes sind fast sämtlich organisiert. Bei Ablauf des sechshöchigen Tarifs stellten die Gehilfen Forderungen auf Verbesserung der Tarifpositionen. Die Unternehmer lehnten nicht allein die Forderungen der Arbeiter ab, sie waren auch zu Verhandlungen nicht zu bewegen, so daß die Gehilfen einmütig ihre Kündigung einreichten. In letzter Stunde, bevor der allgemeine Streik ausbrach, fand jedoch noch eine Einigung statt. Es wurde ein neuer Tarif mit ganz bedeutenden Verbesserungen auf 5 Jahre abgeschlossen. In diesen ist namentlich auch das Hilfspersonal mit einbezogen. — Verbesserungen fanden besonders statt bei der Arbeitszeit, Minimallohn, Teuerungszulage und in der Ferienfrage. — Festgelegt wurde: Die Arbeitszeit beträgt 41 Stunden pro Woche; bei durchgehender (englischer) Arbeitszeit ist diese pro Tag 20 Minuten kürzer, jedoch die Arbeitszeit, wie zum Beispiel in Christiania, für Lithographen 44 Stunden und für Steinbrucker und das Hilfspersonal 49 Stunden pro Woche beträgt. — Au Minimallohn wird den Lithographen im ersten Gehilfenjahre 22 Kronen, im zweiten 26 Kronen gezahlt, von da ab bleibt er der freien Vereinigung überlassen. Für die Steinbrucker wird im ersten Gehilfenjahre 22 Kronen und im zweiten 25 Kronen gezahlt; für Steinschleifer vom dritten Jahre ab 22 Kronen, im vierten 24 Kronen; für Anleger und Anlegerinnen vom zweiten Jahre ab 10 Kronen und im dritten Jahre 12 Kronen. Für Rotationsmaschinenmeister werden mindestens 36 Kronen pro Woche bezahlt. Jeder Arbeiter, der seit dem 15. März 1910 bei einer Firma ist und seit dieser Zeit keine Zulage erhielt, bekommt eine Krone Teuerungszulage pro Woche bei einem Gehalt von 31—36 Kronen, und 2 Kronen unter 31 Kronen Wochenlohn. Überstunden werden mit 25—50 Prozent Zuschlag bezahlt. Lehrlinge dürfen keine Überstunden machen. — Die gesetzlichen und vom Geschäft angeordneten Feiertage werden bezahlt. — Alford- und Heimarbeit ist verboten. Ferien erhält jeder 6 Tage, der mindestens ein halbes Jahr bei der Firma ist. — Die Zahl der zu haltenden Lehrlinge ist nach der Zahl der beschäftigten Gehilfen und die Lehrlingslöhne nach den Lehrjahren gestaffelt. Ein Maschinenmeister darf nur eine Maschine bedienen. In Rotationsmaschinen dürfen nur ausgebildete Drucker beschäftigt werden. Die Gehilfen haben die Verpflichtung übernommen, nur in tariffreien Firmen zu arbeiten, und die Prinzipale haben sich verpflichtet, nur organisierte Arbeiter zu beschäftigen. Im Tarif ist außerdem eine Bestimmung enthalten, wonach bestehende künftige Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht geändert werden dürfen. Dieser günstige Tarifabschluss legt wiederum beredetes Zeugnis davon ab, was eine starke Arbeiterorganisation zu leisten imstande ist.

Der Londoner Hafnarbeiterstreik. Die Reeder, die ganz von der Shipping Federation beherrscht werden, haben die Masten fallen lassen. Sie glauben sich augenblicklich stärker als die Arbeiter und wollen deshalb von keiner Konferenz mit Ministern und keinem Schiedsgericht etwas wissen. Auf der von der Regierung einberufenen Konferenz erschienen bloß die Arbeitervertreter; sie konnten deshalb nicht abgehalten werden. Die Regierung machte darauf gewisse Vorschläge für Einsetzung eines Schiedsgerichts, dem eventl. gefehlende Zwangsvollmachten eingeräumt werden sollen. Die Unternehmer sollen am Montag, die Arbeiter am Dienstag auf diesen Vorschlag antworten. Die ablehnende Haltung der Schlichter ist aber so gut wie sicher. Sie haben ganze Schiffsladungen von Streikbrechern importiert und verlangen den weitestgehenden militärischen Schutz. Unter diesen Umständen können die Arbeiter wider ihren Willen zum Generalstreik in allen Häfen gedrängt werden. — Das Walfische Bureau meldet: Der Verband der Londoner Bauarbeiter habe beschloffen, diejenigen Mitglieder, die im Londoner Hafen beschäftigt sind, zum sofortigen Streik aufzufordern. Der Verband habe beschloffen, die angeschlossenen Gewerkschaften aufzufordern, die Mitglieder im ganzen Bezirk des Londoner Hafens zum sofortigen Ausstand zu veranlassen, falls nichtorganisierte Arbeiter mit ihnen zusammen eingestellt werden würden. — Die Hafnarbeiter von Southampton drohen mit einem neuen Streik, der sieben- bis achttausend Mann umfassen dürfte. Sie stellen neue Forderungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, aber die Arbeitgeber lehnten es ab, sich wegen der im letzten Sommer bewilligten Aufbesserungen in eine Erörterung der Forderungen einzulassen.

Zur Klarstellung.

Unter der Überschrift: „Ein Parteiskandal“ bringt die „Bremer Bürger-Zeitung“ vom 1. ds. Mts. eine Notiz, in der folgendes behauptet wird:

„Der Parteivorstand und der Württembergische Landesvorstand versprachen nun, da unbedingt Hilfe kommen mußte, zu helfen, wenn der bestgehächte Redakteur des Göttinger Parteiblattes, Genosse Thalheimer, aus der Redaktion, die er allein besorgte, ausscheide und dafür der Genosse Erich Rohmann, ein junger, strebsamer Mann, der früher ein genau so hartnäckiger Gegner der württembergischen Opportunisten war, wie er jetzt ihr Freund und Günstling ist, die Redaktion übernehme. Der Parteivorstand hat seine Hilfe davon abhängig gemacht, daß das Ulmer Parteiblatt, das Rohmann, der früher Mitglied der Redaktion der „Schwäb. Tagwacht“ war, bisher redigierte, fortan in der Druckerei in Göttingen gedruckt werde.“

Diese Behauptungen widersprechen der Wahrheit. Die Vorgänge, die in der Notiz behandelt werden, haben sich wie folgt zugetragen:

Die „Freie Volkszeitung“ in Göttingen, die früher als Kopfbblatt erschien, machte sich im Jahre 1911 selbständig; erwarb zu diesem Zwecke ein eigenes Grundstück und errichtete eine eigene Druckerei, obwohl die finanziellen Grundlagen für ein solches Unternehmen fehlten und deshalb der Parteivorstand, mit dem vorher keine Fühlung genommen war, entschieden Widerspruch erhob, als er davon erfuhr. Wie vorauszusetzen war, geriet das Geschäft bald in Zahlungsschwierigkeiten, die die Geschäftsleitung veranlaßten, die Hilfe des Parteivorstandes in Anspruch zu nehmen. Der Parteivorstand setzte sich darauf, wie immer in solchen Fällen, mit dem zuständigen Landesvorstand in Verbindung und verhandelte lobdank in Stuttgart mit dem Landesvorstand, dem Landesauschuß und den Vertretern des Göttinger Geschäfts und den Vertretern des Ulmer Parteivorstandes, um dessen Druck die Göttinger Geschäftsleitung sich schon vorher aus eigenem Antriebe bemüht hatte, darüber, ob und wie das Göttinger Geschäft saniert werden könne. Alle Beteiligten kamen dahin überein, daß der Parteivorstand und der Landesvorstand dem Göttinger Geschäft gemeinsam finanzielle Hilfe leisten sollten. Der Landes- u. Vorstand, die Göttinger und die Ulmer Genossen wurden beauftragt, die zur Sanierung geeigneten Maßnahmen in Einzelnen zu beraten, insbesondere auch zu erörtern, ob der Druck des Ulmer Parteiblattes, der jetzt in der Stuttgarter Druckerei ausgeführt wird, sich nicht in Göttingen ausführen ließe. Genosse Thalheimer, der bei dieser Konferenz zugegen war, erklärte, daß eine Regelung mit Ulm sich sehr wohl würde heilvoll gestalten lassen. Am 12. Mai ist uns dann ein zwischen dem Landesvorstand, der Parteikasse „Schwäbische Tagwacht“ und den Vertretern der Göttinger „Freien Volkszeitung“ vereinbarter Vorschlag über die geschäftliche Regelung zugegangen, ohne daß der Druck des Ulmer Blattes erwähnt wurde. Bei den großen Zuschüssen, die künftig für das Göttinger Unternehmen erforderlich sein werden, war diese Frage für unsere endgültige Entscheidung von großer Bedeutung. Auf unsere Frage, wie es damit stehe, teilte der Verlag der Göttinger „Freien Volkszeitung“ uns am 24. Mai mit, daß die Verhandlungen mit den Ulmer Genossen noch nicht abgeschlossen seien, jedoch begründete Ansicht auf eine Einigung bestehe. Weitere Verhandlungen sind mit uns nicht geführt worden. Wir haben jedoch inzwischen dem Göttinger Geschäft die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung gestellt. Damit haben wir eine Ausnahme von der Regel gemacht, daß Geschäften, die ohne genügenden finanziellen Rückhalt gegen den Willen des Parteivorstandes gegründet werden, Unterstützung aus allgemeinen Parteimitteln nicht gewährt wird. In diesem Ausnahmefall war die Hilfeleistung nach Meinung aller Beteiligten im allgemeinen Parteinteresse aber geboten.

Wir müssen mit aller Entschiedenheit die Behauptung als unwahr zurückweisen, daß der Parteivorstand an die Unterstützung des Göttinger Geschäfts die Bedingung geknüpft habe, daß der Genosse Thalheimer aus der Redaktion austrete. Bei den Verhandlungen in Stuttgart hat der Parteivorstand vielmehr ausdrücklich erklärt, und auch später keinen Zweifel darüber gelassen, daß die wirtschaftliche Verbindung des Göttinger Geschäfts nicht etwa dazu ausgenutzt werden dürfe, die politische und parteitaktische Haltung des Göttinger Organs zu beeinflussen. Wir bedauern es im Interesse der Partei, wie unseres Göttinger Geschäfts, daß wir durch den unwahren Bericht in der „Bremer Bürgerzeitung“ gezwungen worden sind, interne geschäftliche Angelegenheiten eines Parteiorgans öffentlich zu erörtern. Vornehmlich wollen wir noch, daß wir von der weiteren Entwicklung der Angelegenheit erst jetzt durch den nachfolgenden Bericht des Göttinger Parteiorgans vom 1. d. Mts. Kenntnis erlangt haben.

Der Parteivorstand.

Die Fusion der „Freien Volkszeitung“ und der „Donauwacht“.

Donnerstag abend fand die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Göttingen statt. Auf der Tagesordnung stand die Frage der Erweiterung der finanziellen Basis der „Freien Volkszeitung“. Zu diesem Zwecke wurde von den betreffenden Parteinstanzen die Fusion der Ulmer „Donauwacht“ und unseres Blattes angeregt, zu der der Berliner Parteivorstand und die Gesellschaft der „Schwäbischen Tagwacht“ die finanzielle Grundlage geben. Genosse Kinkel, der über die in dieser Angelegenheit gepflogenen Verhandlungen berichtete, legte im Namen des Kreisauschusses eine Resolution vor, in der die Göttinger Genossen fordern, daß die Redaktion des Blattes durch die Genossen Thalheimer und Hoffmann geleitet wird.

Daraufhin gab Genosse Dr. A. Thalheimer folgende Erklärung ab:

„Angesichts dessen, daß infolge Aufgabe der finanziellen Selbständigkeit der „Freien Volkszeitung“ und ihrer Verschmelzung mit der „Donauwacht“ auch eine Änderung der Faktoren zu erwarten ist, die über die politische Haltung der „Freien Volkszeitung“ zu bestimmen haben, sehe ich mich außerstande, weiter in der Redaktion der „Freien Volkszeitung“ zu verbleiben.“

Angesichts dessen brachte Genosse Schepferle, Vorsitzender des Kreisauschusses, folgende Resolution ein, die einstimmig angenommen wurde: „Die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Göttingen nimmt mit dem größten Bedauern den Rücktritt des Genossen Thalheimer von der Redaktion der „Freien Volkszeitung“ zur Kenntnis. Sie spricht ihm den wärmsten Dank für seine Tätigkeit aus, mit der sie in prinzipieller und taktischer Beziehung völlig einverstanden war.“

Daraufhin wurde eine längere Debatte geführt über die praktische Durchführung der Fusion, die mit der Annahme folgender Resolution (mit allen gegen sechs Stimmen) endete:

„Die beiden Parteiorgane „Freie Volkszeitung“ und „Donauwacht“ werden verschmolzen und die geschäftliche Leitung der Gesellschaft „Schwäbische Tagwacht“ übertragen.“

Die beiden Parteiorgane werden unter eine Redaktion gestellt. Aber die taktische und prinzipielle Haltung des Blattes, sowie die Besetzung der Redaktion entscheidet eine Brechkommission, die aus je drei Genossen vom Landesvorstand aus dem 10. und dem 14. Wahlkreis gewählt wird.

Falls in dieser Brechkommission eine Einigung nicht erzielt wird, entscheidet endgültig der Parteivorstand.“

Soziales.

Der Widersinn des Kapitalismus. Zum 4. Juni ist die internationale Konferenz zur Regelung des funktentelegraphischen Verkehrs zusammenberufen worden. Die vorhergegangene tagte im Jahre 1906. Seitdem ist wohl in internationalen funktentelegraphischen Verkehr der nichtsagende Strich des Morsealphabetes mehr gebraucht worden als jemals vorher. Und dies aus sehr einfachen Gründen. Die beiden großen Systemkonkurrenten „Marconi“ und „Telefunken“ kämpfen um die Vorherrschaft auf dem Weltmeer, beide Systeme haben aber den gleichen Mangel, daß sie einander stören können. Ein funktentelegraphischer Aufnahmeapparat nimmt unterschiedslos jede Welle auf, ganz gleich ob sie vom Marconi- oder vom Telefunkengeber kommt. Der Krieg der beiden Gesellschaften wurde deswegen zum Kampfe der beiderseitigen Schiffstelegraphisten. Um das zu verstehen, muß beachtet werden, daß z. B. auch die Telefunken-Gesellschaft, die heute die Mehrzahl der deutschen Schiffe mit ihren Apparaten ausstükt, nur eigenes Personal an ihren Sendern und Obergern stationiert. Mit einem bestimmten Gehalt ist auch der letzte Telefunkenmann auf Südamerikanischer Fahrt von der deutschen Telefunken A.-G. in Berlin angestellt. Die Schiffsgesellschaft hat nichts weiter mit ihm zu tun, als freie Verpflegung und Unterkunft zu gewähren. Ihr gehört auch nicht die Telegraphenanlage, sie ist der Reederei in jedem einzelnen Falle für einen Jahrespreis von 1000 bis 2000 Mark verpachtet. Die im Mutterinstitut angelernten und erprobten Telegraphisten sind, das hat erst wieder die

Titanic-Katastrophe bewiesen, oft die ärgsten Feinde, nicht etwa weil sie beide Proletarier in Uniform sondern weil sie Angestellte gegnerischer Gesellschaften sind! Es ist unter den Rundigen ein offenes Geheimnis, daß die Marconitelegraphisten und die Telefunkenmänner sich seit Jahren und auch heute noch gegenseitig mit dem Strich des Telefunkenalphabetes das reguläre Arbeiten unmöglich machen. Ein Duzend Striche ins freie Meer hinaus geschleudert, macht alle zu gleicher Zeit auf anderen in Reichweite befindlichen Schiffen ausgenommenen Telegramme unleserlich! Am Anfang ihrer Entwicklung war die drahtlose Telegraphie noch nicht so kapitalistisch konzentriert wie heute. Die A. G. hatte die Bauart Staby-Arco aufgenommen und bereits 150 solcher Stationen gebaut, als es zur Einigung mit Siemens u. Halske und ihrem eigenen Verfahren kam. Die beiden Unternehmungen einigten sich, man spricht davon, im besonderen auch auf Wilhelms II. Drängen, und gründeten die Gesellschaft für drahtlose Telegraphie, G. m. b. H. in Berlin. Das von diesem Unternehmen vertriebene Telefunken-System hat heute allein 78 Landstationen. Nach dem Marconisystem sind 103 tätig. Auf dem Meere hat sich gegenüber Marconi allein Telefunken eine gewisse Stellung erzwungen, selbstverständlich nicht durch Lebenswürdigkeiten! Alle anderen Systeme, die zum Teil weit verbreitet sind, wie z. B. das de Forest-System in den Vereinigten Staaten, sind auf dem Weltmeere macht- und bedeutungslos, weil sie durch das kapitalistische Trübsinteresse der Marconigesellschaft nicht anerkannt werden. Gerade an diesem Wahnmäßig von Kulturverrat macht sich so recht deutlich der Widerstand des Kapitalismus, des Privateigentums, erkennbar. Die größte Ergründung wird zur Goldener legenden Henne. So ist nicht nur mit der drahtlosen Telegraphie. Man denke an die Aeroplaneindustrie, die mit ihren Duzenden von Gesellschaften nichts weiter ist als eine Fabrikationsabteilung der deutschen Heeresleitung. Die drahtlose Telegraphie wäre erst dann das, was sie sein soll und muß, wenn sie im Kulturinteresse der ganzen Welt international verstaatlicht würde! Vorläufig wäre es schon genug, wenn die internationale Konferenz energisch genug arbeitete, um den Strich aus den Telegrammen der funktentelegraphischen Empfängerapparate auf den Seeschiffen herauszubringen, soweit er nicht hineingehört. Klug wäre es, dabei nicht zu vergessen, daß der deutsche Kapitalismus vom englisch-italienischen um nichts verschieden ist.

Aus dem Gerichtssaal.

Militärjustiz — Klassenjustiz. (Zwei Urteile und ein Gegenstück.) 1. Der Unteroffizier Alfred Braun vom Grenadierregiment Nr. 11 in Breslau stand vor dem Kriegsgericht, angeklagt der Soldaten mißhandlung. Am 7. März beantwortete der Führer Klais eine Frage mit: „Ich weiß nicht“ und nahm eine schlechte Haltung an. Der Unteroffizier schimpfte: „Burschen, gelumpfe, verfluchte Lisse, nehmen Sie die Klauen zusammen“, und gab dem Mann einen Stoß mit dem Fuß ans Schienbein. Am 26. April stellte der Unteroffizier den Führer Lamka wegen Verunsichern eines Helmes zur Rede. Er drohte dem Mann: „Ich reiße Dir das Geringe aus“, faßte ihn an der Brust, zog ihn am Ohrläppchen und stieß ihn mit dem Knie ins Gesicht. Urteil: Fünf Tage gelinder Arrest. — 2. Der Sergeant Sacher vom Garderegiment, der sich vor dem Dresdener Kriegsgericht verantworten mußte, hatte die Soldaten gewohnheitsmäßig aus den Pferdeständen „geschoben“, diese „Schieberer“ kam nach und nach einer Mißhandlung gleich. Ein Soldat erhielt dabei einen „leichten Schlag“ ins Gesicht und ein anderer eine Ohrfeige, daß es nur so klatschte! Als einer der Mißhandelten erklärte, er lasse sich das nicht gefallen, versuchte ihn der Angeklagte durch Androhung nachteiliger Folgen von einer Beschwerde abzuhalten! Urteil: 12 Tage Mittelarrest. — Und nun das Gegenstück. 3. Der Kanonier Hermann Klauen vom Feldartillerieregiment 34 hatte sich vor dem Oberkriegsgericht in Reg. als Berufungsinstanz zu verantworten. Klauen, der sich übrigens beim Militär taufend gewöhrt hat, kam eines Tages mit mehreren Kameraden in stark angeheitertem Zustande in die Kaserne zurück. Auf dem Kasernenhofe sang er laut und hörte auch nicht auf, als ihm der Hofen Klube gebot. Als dieser zum zweiten Male zur Ruhe mahnte, trat Klauen auf ihn zu und gab ihm eine Ohrfeige. Urteil: Ein Jahr und drei Tage Gefängnis!

Aus Nah und Fern.

Zum Denzer Landfriedensbruchprozeß wird gemeldet, daß der Antrag des Verteidigers auf Wiederaufnahme des Verfahrens, der unter Beibringung neuer Tatsachen und Beweise gestellt war, von dem Landgericht Köln abgewiesen worden ist.

Gedämpfte Begeisterung. Aus Halle a. S. berichtet man: Seit Wochen machen die Gesangvereine von Halle und Merseburg mobil, um dem Kaiser gelegentlich seines Aufenthalts im Schloß zu Merseburg anlässlich der diesjährigen Kaisermanöver eine Sängerkühnbildung in Gestalt von Massenschören darzubringen. Auf die nachgesuchte Genehmigung bei dem Oberhofmarschallamt ist jetzt ein ablehnender Bescheid eingegangen. Es heißt darin, der Kaiser sei in den Manövertagen derart in Anspruch genommen, daß er jener Sängerkühnbildung nicht belohnen könne. — Die Kühnbildung war in den liberalen Blättern zuerst angeregt worden. Die liberalen Patrioten sind nun ganz „zerknirsch“ über den ablehnenden Bescheid.

Ein gewaltiges Feuer ist gestern im Stadtviertel der Hagia Sofia in Konstantinopel ausgebrochen, der das ganze Viertel einzuzündern droht.

Kampf eines Tauchers mit einem Lintenfisch. Ein Taucher, der im Hafen von Toulon arbeitete, wurde auf dem Grunde des Wassers von einem enormen Lintenfisch angegriffen. Das Tier umklammerte den Mann, der gerade noch Zeit hatte, das Alarmsignal zu geben. Als der Taucher an der Oberfläche erschien, hatte er in der furchtbaren Anordnung das Bewußtsein verloren. Das Tier, das mit Messerfischen getötet wurde, wog 60 Kilogramm. Jeder Arm hatte eine Länge von acht Metern. Jeder Saugnapf war so groß wie ein 5-Franken-Stück.

Die Leiche unseres österreichischen Parteigenossen Silberer, der seit einer im Herbst des Vorjahres unternommenen Fahrt in der Arktis vermißt wurde, ist auf dem Hundsteig bei Bellamsee gefunden worden.

Feuer auf einem Dampfer. Auf der „Carmania“, einem Dampfer von 20000 Tonnen Gehalt, der der Cunard-Linie gehört, brach Sonntag im Hafen von Liverpool ein Feuer aus. Der Brand wurde abends entdeckt, als nur wenig Personen an Bord waren. Die Flammen schossen bald über die Oberdeck hinaus und fanden in den Salons reiche Nahrung. Ungeheure Mengen Wasser wurden in den Schiffstoloz hineingeschleudert, jedoch schließlich, als das Feuer unterdrückt war, die Gefahr des Sinkens bestand. Das Schiff neigte sich zur Seite. Erst in später Nachtstunde

